

Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR

- A. Einleitung
- B. „Startbedingungen“ für die Planwirtschaft der DDR
 - I. Wirtschaftliche Ziele sowjetischer Deutschlandpolitik
 - II. Wirtschaftsstruktur und Ausgangslage der SBZ
- C. Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR
 - I. Das Entstehen der Planwirtschaft in der SBZ/DDR nach sowjetischem Modell (1945–1962)
 - 1. Die „antifaschistisch-demokratischen“ Anfänge der Planwirtschaft
 - 2. Ausbau und Zentralisierung
 - 3. Krise und Korrekturversuche
 - II. Die Wirtschaftsreformen der 60er Jahre (1963–1970)
 - 1. Hintergründe des wirtschaftspolitischen Kurswechsels
 - 2. Vom „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“ zum „Ökonomischen System des Sozialismus“
 - 2.1. Das Reformkonzept
 - 2.2. Der Reformverlauf
- III. Die Rückkehr zur zentral-administrativen Planwirtschaft (1971–1989)
 - 1. Rezentralisierung ohne Konzept
 - 2. Die Planwirtschaft unter außenwirtschaftlichem Anpassungsdruck
 - 3. Der Weg in den Staatsbankrott
- D. Literatur
- E. Zusammenfassung

A. *Einleitung*

Was Gerhard Schürer, Chef der Staatlichen Plankommission der DDR, im Oktober 1989 in Form seiner „Analyse der ökonomischen Lage der DDR“ dem Politbüro der SED unter Vorsitz ihres neuen Generalsekretärs Egon Krenz vorlegte, war der Offenbarungseid der zentralen Planwirtschaft.¹ Mit schonungsloser Offenheit beschrieb Schürer darin die katastrophale wirtschaftliche

¹ Dokumentiert unter dem Titel „Schürers Krisen-Analyse“ in: Deutschland Archiv 10 (1992), S. 1112–1120. Vgl. dazu auch: Hertle, Hans-Hermann, Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv 10 (1992), S. 1031–1030 und ders., „Das reale Bild war eben katastrophal!“ Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 10 (1992), S. 1031–1039.

Lage der DDR und forderte als Konsequenz eine tiefgreifende Wirtschaftsreform. Gleichzeitig erklärte er jedoch sämtliche dazu erforderlichen Schritte für sinn- und zwecklos, wenn nicht kurzfristig die Zahlungsfähigkeit durch zusätzliche Finanzkredite in Milliarden-Höhe aufrechterhalten werden könne. Eine Alternative zum Festhalten am Verschuldungskurs bestand zu diesem Zeitpunkt für die DDR nicht mehr. Nach vierzig Jahren zentraler Planwirtschaft blieb im Herbst 1989 nur noch das Scheitern dieses Wirtschaftssystems zu resümieren.

Fragt man nach den Ursachen für den Zusammenbruch, reicht es jedoch nicht, nur vom Ergebnis einer „Schlußbilanz“ auszugehen. Ausgangslage und konkrete Entwicklung des Wirtschaftssystems seit seinen Anfängen in der Sowjetischen Besatzungszone müssen in den Blick genommen werden, wenn erwogen werden soll, in welchem Maße schlechte wirtschaftliche Ausgangslage, politische Rahmenbedingungen, innere Funktionsschwierigkeiten und äußere, weltwirtschaftliche Faktoren für sein Scheitern ausschlaggebend waren.

Obwohl bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit wichtige Weichen für eine planwirtschaftliche Neuordnung der SBZ/DDR gestellt wurden, schrieb erst die Verfassung von 1968 die „sozialistische Planwirtschaft“ ausdrücklich als Wirtschaftsordnung der DDR fest. Hier wurden die drei auch zuvor schon bestimmenden Strukturelemente, die sowohl die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR, als auch ihre Wirtschaftsordnung kennzeichneten, benannt: die „führende Rolle“ der SED, das „sozialistische Eigentum“ an den Produktionsmitteln und die Planung und Leitung der Volkswirtschaft auf der Grundlage des „demokratischen Zentralismus“.²

Die zentralen Fragen bei der Untersuchung von Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft, orientiert an diesen drei Strukturelementen, müssen sich vor dem Hintergrund des Scheiterns vor allem auf die Funktionsschwierigkeiten des Systems richten. Worin bestanden sie im historischen Verlauf, welche Ursachen lagen ihnen zu Grunde, welche Maßnahmen wurden – mit welchem Erfolg – von der „führenden Partei“ ergriffen, um sie zu überwinden? An welchen ökonomischen und politischen Grenzen scheiterten Reformbestrebungen? Wie erklärt sich die zunehmende Reaktionsunfähigkeit des planwirtschaftlichen Systems angesichts der wirtschaftlichen Probleme der 70er und 80er Jahre?

Diese Fragen können hier nicht umfassend und erschöpfend beantwortet werden. Sie zu stellen, soll vor allem dazu dienen, auf der Grundlage des bisherigen Forschungsstandes Grundzüge der Entwicklung darzustellen,

² Vgl. Art. 1, Abs. 1, Satz 2 und Art. 2, Abs. 2 der Verfassung der DDR vom 6.4.1968 in der Fassung von 1974 sowie Mampel, Siegfried, Die verfassungsrechtlichen und die politischen Grundlagen der DDR-Wirtschaft, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 33–38.

Kontroversen zu benennen und offene Fragen an die jetzt zugänglichen Quellen zu formulieren.

B. „*Startbedingungen*“ für die Planwirtschaft der DDR

I. *Wirtschaftliche Ziele sowjetischer Deutschlandpolitik*

Für die Sowjetunion, die ähnlich wie Polen unermeßliche wirtschaftliche und vor allem menschliche Verluste durch den Zweiten Weltkrieg erlitten hatte – von den 55 Millionen Kriegstoten weltweit stammten 20 Millionen aus der UdSSR –, standen die Sicherheit vor deutscher militärischer Aggression und möglichst umfangreiche materielle Reparationen im Zentrum ihrer Nachkriegsinteressen.³ Sie forderte deshalb nicht nur die Zerschlagung der ökonomischen Basis des deutschen Militarismus und Faschismus, sondern wollte auch möglichst viel vom deutschen Wirtschaftspotential für den sowjetischen Wiederaufbau nutzen.

Da sich diese Interessen – wie im Falle der Sicherheit – zum Teil mit denen der westlichen Alliierten deckten oder sie – wie im Falle der hohen Reparationsforderungen – von ihnen zumindest als spezifisch sowjetische Ansprüche grundsätzlich für berechtigt gehalten wurden, konnten im Potsdamer Abkommen vom 1. August 1945 die Ziele einer gemeinsamen alliierten Deutschland- und Besatzungspolitik niedergelegt werden.⁴ Gerade in Hinblick auf wirtschaftliche Fragen trat jedoch bald zu Tage, daß die im Potsdamer Abkommen fixierten Ziele zum großen Teil „Kompromissformeln“ darstellten, mit denen aufbrechende Interessengegensätze zunächst überdeckt werden konnten, für deren konkrete Umsetzung jedoch keine Regelungen getroffen worden waren: So hatte man sich zwar darauf verständigt, die deutsche Großindustrie, die maßgeblich für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlich gemacht wurde, zu zerschlagen, aber nicht festgelegt, in welcher Weise Entflechtung, Deindustrialisierung und wirtschaftliche Neuordnung erfolgen sollten. Auch in einer so zentralen Frage wie den Reparationsleistungen waren keine definitiven Entscheidungen, z. B. hinsichtlich ihrer Höhe oder einer verbindlichen

3 Dies bestätigen neuere Quellenstudien in den Archiven der ehemaligen UdSSR. Erste Ergebnisse resümiert Matschke, Werner, Die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ: Vorgeschichte – Weichenstellungen – Bestimmungsfaktoren, in: Fischer, A. (Hg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin 1993 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 38), S. 97–116 (mit Hinweisen auf bisher unveröffentlichte Manuskripte von Jochen Laufer, Elke Scherstjanoi und Rainer Karlsch). Vgl. auch die Expertise „Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen“ von Baar, Lothar/Karlsch, Rainer/Matschke, Werner.

4 Vgl. Matschke, Werner, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin 1988, insbesondere S. 313–317 (Anhang 6: „Wirtschaftliche Bestimmungen der Potsdamer Übereinkunft“).

Entnahme- und Abrechnungspraxis, getroffen worden, sondern man hatte sich lediglich darauf verständigen können, sie auf „Zonenbasis“ vorzunehmen.⁵

Folglich konnten sich im schärfer werdenden Ost-West-Konflikt sowohl die Westalliierten als auch die Sowjetunion immer wieder auf die in Potsdam getroffenen Vereinbarungen berufen, obwohl sie in ihrem jeweiligen Einflußbereich – gestützt auf die Befugnisse der militärischen Oberbefehlshaber – völlig unterschiedliche Maßnahmen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neugestaltung einleiteten. Der Erhalt der Wirtschaftseinheit Deutschlands, wie er im Potsdamer Abkommen proklamiert worden war, erwies sich damit als illusorisch.

Die Sowjetunion, die zunächst gerade auch in Hinblick auf möglichst umfangreiche Reparationen gesamtdeutsche Optionen ihrer Deutschlandpolitik offen zu halten suchte, konzentrierte ihre wirtschaftlichen Interessen immer mehr auf die eigene Besatzungszone. Deren Wirtschaftspotential wurde nicht nur herangezogen, um durch Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion die eigentlich an Gesamtdeutschland gerichteten hohen Reparationsansprüche zu befriedigen, sondern es erfuhr auch langfristig eine Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Sowjetunion und des von ihr beherrschten Wirtschaftsraumes.

Ob sie dabei von vorneherein ein dezidiertes „Sowjetisierungs-Konzept“ für die Wirtschaft ihrer Besatzungszone verfolgte, ist bisher noch nicht eindeutig geklärt.⁶ Erste Studien in den jetzt teilweise zugänglichen Moskauer Archiven weisen darauf hin, daß sich die Pläne der Sowjetunion zunächst ganz auf Fragen der gesamteuropäischen Entwicklung und die Reparationsleistungen Deutschlands konzentrierten. Doch auch für die künftige Entwicklung des sowjetischen Einflußbereiches in Deutschland selbst wurde so ein allgemeiner politischer Rahmen abgesteckt. Seine konkrete Ausgestaltung übernahmen

5 Zu Ursachen und Hintergründen vgl. den Bericht „Deutschland als Gegenstand alliierter Politik“ von Fischer, Alexander/Rißmann, Martin sowie die Expertise „Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen“ von Buchheim, Christoph, hier insbesondere S. 9–31 (Teilkapitel „Alliierte Reparationsplanung und -politik bis 1948“).

6 Thalheim ging davon aus, daß „dieses Ziel der „Sowjetisierung“ der mitteleuropäischen Industrie (. . .) ohne Zweifel von vorneherein gegeben (war)“, (zit. nach: ders., Die Wirtschaftspolitik der DDR im Schatten Moskaus, Hannover 1979, S. 30); Lechner dagegen betont, daß bei der Übertragung des sowjetischen Wirtschaftssystems „nicht an eine sofortige Sowjetisierung gedacht (war), sondern an einen allmählichen Übergang, um Alliierte und deutsche Parteigänger nicht sofort zu vermeidbarem Widerstand zu reizen“, (zit. nach: ders., Sozialismus, Soziale Marktwirtschaft, Soziale Errungenschaften, in: Fricke, K.W./Lechner, H./Thaysen, U., Errungenschaften und Legenden. Runder Tisch, Willkürherrschaft und Kommandowirtschaft im DDR-Sozialismus, Melle 1990, S. 33–54, hier: S. 42/43; Matschke betont die Widersprüchlichkeit der sowjetischen Politik, (vgl. ders., Die industrielle Entwicklung, S. 49). Zu den ideologisch-politischen Hintergründen der sowjetischen Deutschlandpolitik vgl. auch: Wolf, Herbert, Impulse und Fehlleitungen der DDR – Alternative im Spannungsfeld der Entwicklung der Systeme, in: Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert (Hgg.), ANSichten zur Geschichte der DDR, Bd. 2, Bonn/Berlin 1994, S. 9–50.

die deutschen Kommunisten im Moskauer Exil.⁷ Eine etwa zwanzigköpfige Arbeitskommission der KPD, deren Mitglieder später in der SBZ/DDR wichtige Funktionen übernahmen, so z. B. Anton Ackermann für Wirtschaft, Edwin Hoernle für Landwirtschaft, erarbeitete in den letzten Kriegsjahren eine Reihe von wirtschaftspolitischen Richtlinien; sie sahen die Enteignung von Kriegsverbrechern vor, forderten Wiedergutmachung an die Sowjetunion, zielten auf zentrale Lenkung und Kontrolle der – weitgehend zu verstaatlichenden – Wirtschaft und forderten die Durchführung einer radikalen Bodenreform, garantierten aber auch – zumindest formal – die Wirtschaftsfreiheit des Mittelstandes und der Klein- und Mittelbauern.

Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) begann unmittelbar nach der Übernahme der Befehlsgewalt über die SBZ damit, diese Richtlinien in die Praxis umzusetzen. Sie stellte damit erste und wichtige Weichen für die planwirtschaftliche Umgestaltung der Wirtschaft nach dem Vorbild der Sowjetunion.

II. *Wirtschaftsstruktur und Ausgangslage der SBZ*

Das Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone war in Hinblick auf seine Wirtschaftsstruktur sehr uneinheitlich: Dem dicht besiedelten, stark industriell geprägten Süden stand der weitgehend landwirtschaftlich geprägte, eher dünn besiedelte Norden gegenüber. Auch im Durchschnitt lag jedoch Ende der 30er Jahre die Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung hier höher als im Gebiet der späteren Bundesrepublik.⁸ Der hohe Industrialisierungsgrad ging auf die gewachsene, standortgebundene Branchenstruktur zurück und war durch den Ausbau der Rüstungsindustrie noch verstärkt worden.⁹ Vor allem in Sachsen und Thüringen, aber auch im Großraum Berlin und in Sachsen-Anhalt hatten sich zahlreiche Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie angesiedelt: Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau, Elektroindustrie, Feinmechanik und Optik, Druck- und Papierverarbeitung sowie Textil- und Bekleidungsgewerbe waren hier zu finden. Roh- und Grundstoffe dagegen gab es, bis auf einige

7 Vgl. Keiderling, Gerhard (Hg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Sommer 1945: von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993 und speziell zu wirtschaftlichen Fragen auch Matschke, Wirtschaftliche Entwicklung, S. 101/102 sowie die Expertise „Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen“ von Baar/Karlsch/Matschke, hier insbesondere S. 9–16 (Teilkapitel „Vorstellungen der UdSSR und der Moskauer Exil-KPD zur wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands nach dem Kriege“).

8 Zank, Wolfgang, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: Broszat, M./Weber, H. (Hgg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 253–296, hier: S. 253

9 Vgl. Leptin, Gert, Veränderungen in der Branchen- und Regionalstruktur der deutschen Industrie zwischen 1936 und 1962, Berlin 1965, ders., Deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich, Opladen³ 1980 sowie Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, Die Geschichte der Industrie der DDR, Berlin (Ost) 1989.

Kali- und Steinsalzvorkommen, Kupfer- und Uranerze, sowie ausgedehnte Braunkohlelagerstätten, kaum. Extreme wirtschaftliche Abhängigkeit und Verflechtung mit anderen Regionen waren die unmittelbaren Folgen dieser unausgewogenen Branchenstruktur. Rohstoffe und Halbfabrikate sowie Brennstoffe und Energieträger für die verarbeitende Industrie mußten aus anderer Regionen bezogen werden, während die eigene Fertigwarenindustrie weit über das eigene Gebiet hinaus Waren absetzte.

Zum Kriegsende war dieser Austausch jedoch fast vollständig zum Erliegen gekommen.¹⁰ Auch wenn industrielle Produktionsanlagen selbst nur zu einem geringen Prozentsatz zerstört waren, lähmten im Frühjahr 1945 die Auswirkungen der systematischen Luftangriffe auf Transport- und Verkehrswege das gesamte wirtschaftliche Leben in Deutschland.¹¹ In allen vier Besatzungszonen stellte sich deshalb zunächst die Wiederingangsetzung der Produktion als dringendstes Problem. Doch dem standen zahlreiche Hindernisse entgegen: „Viele Produktionsanlagen waren zerstört, es existierte keine funktionierende Wirtschaftslenkung; der Zustrom von Flüchtlingen, Vertriebenen und Kriegsgefangenen sowie der Abzug von Fremdarbeitern machte einen Überblick über Bevölkerungsverhältnisse und Arbeitskräfte reserven zunächst unmöglich; viele Spezialisten und Facharbeiter befanden sich in Gefangenschaft; umfangreiche Wohnraumzerstörungen hatten vielfach die örtliche Nähe von Wohnort und Arbeitsplatz zerrissen; die Arbeitsmotivation war nach dem Schock der Niederlage und der extremen Notlage und Geldentwertung weitgehend zusammengebrochen.“¹²

Auch die sowjetische Besatzungsmacht unternahm erhebliche Anstrengungen, um in ihrer Besatzungszone die wirtschaftliche Tätigkeit wieder in Gang zu setzen: Allein um Bevölkerung und eigene Besatzungstruppen versorgen zu können, war dies eine zwingende Notwendigkeit. Gleichzeitig verschärfte sie jedoch durch ihre eigene rigide Beschlagnahme- und Demontagepraxis, die unmittelbar nach Kriegsende einsetzte, die während des Krieges entstandenen wirtschaftlichen Engpässe.¹³ Von den Demontagen betroffen waren vor allem Rüstungsbetriebe, aber auch Zuliefer- und Ausrüstungsbetriebe in der Metallverarbeitung, dem Werkzeugmaschinenbau, der Feinmechanik und Optik sowie der Elektroindustrie; in einigen wichtigen Industriezweigen führten sie bis zum Jahresende 1946 zu fast 50%igen Kapazitätseinbußen. Damit wurden gerade die Zweige, die traditionell die eigentliche Export- und

10 Vgl. Zank, Wolfgang, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987, S. 19.

11 Vgl. Abelshäuser, Werner, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt/M. 1983, S. 20–24 („Bilanz der Ressourcen“ im Nachkriegsdeutschland).

12 Zank, *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen*, S. 253.

13 Vgl. hierzu ausführlich die Expertisen „Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen“ von Baar/Karlsch/Matschke und Buchheim sowie Zank, *Wirtschaft und Arbeit*. Auf fundierter, breiter Datenbasis argumentiert auch Matschke, *Industrielle Entwicklung*, S. 189–191.

Wettbewerbsstärke der ostdeutschen Industrie ausgemacht hatten, besonders geschwächt. Aber auch Betriebe in der Roh- und Grundstoff- sowie der Konsumgüterindustrie – mit ihrer traditionell eher schwachen, während der Aufrüstung kaum weiter ausgebauten, zum Teil sogar rückläufigen Position – wurden demontiert.

Unterlassene Instandhaltungen während des Krieges, Kriegszerstörungen und Demontagen bewirkten von 1944 bis 1948, als schließlich die letzten Demontagen eingestellt wurden, zusammen einen Kapazitätsverlust von mehr als 40% für die Wirtschaft des sowjetischen Besatzungsgebietes. Damit wäre zwar – bei voller Auslastung der Anlagen – eine Produktion von etwa 95% des Vorkriegsstandes möglich gewesen, doch hatte die SBZ gegenüber den Westzonen ihre traditionell starke Position verloren.¹⁴

Durch Kriegsschäden und Demontagen insgesamt nur wenig verändert wurde die Wirtschaftsstruktur der SBZ; ihre Unausgewogenheit trat durch die politisch bedingte Abtrennung von den gewachsenen, traditionellen Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Regionen Deutschlands als starke Disproportion zu Tage, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau der SBZ bis weit in die fünfziger Jahre hinein erheblich erschwerte.

C. *Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR*

I. *Das Entstehen der Planwirtschaft in der SBZ/DDR nach sowjetischem Modell*

1. *Die „antifaschistisch-demokratischen“ Anfänge der Planwirtschaft*

Angesichts der Katastrophe, die der Nationalsozialismus nach seinem Zusammenbruch nicht nur in Deutschland, sondern weit über die eigenen Grenzen hinaus hinterlassen hatte, war auch das Wirtschaftssystem, das seinen Aufstieg ermöglicht hatte, grundsätzlich in Frage gestellt. Bei der Suche nach einer Alternative zu der von Kartellen und Monopolen gekennzeichneten Marktwirtschaft, die die Probleme der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre nicht mehr hatte lösen können, waren demzufolge planwirtschaftliche Neuordnungsvorstellungen in der Nachkriegszeit weit verbreitet; in den unterschiedlichsten Ausprägungen bestimmten sie die öffentliche Diskussion und fanden Eingang in die Programme fast aller Parteien, die in den Besatzungszonen bald wieder zugelassen wurden.¹⁵

¹⁴ Zank, *Wirtschaft und Arbeit*, S. 21/22.

¹⁵ Roesler, Jörg, *Die Haltung der ostdeutschen Parteien zur Planwirtschaft und Marktwirtschaft 1945–1949*, in: *deutsche studien* 112 (1990), S. 360–377.

Während in den Westzonen der einzuschlagende Weg lange Zeit umstritten blieb, leitete die SMAD in ihrer Besatzungszone unmittelbar nach Kriegsende – in formaler Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen, in dem die Alliierten ihre gemeinsamen deutschlandpolitischen Ziele, die sich mit den Schlagworten „Denazifizierung“, „Demilitarisierung“, „Dekartellisierung“ und „Demokratisierung“ umreißen ließen, niedergelegt hatten – die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ der deutschen Gesellschaftsordnung ein. Ein Schwergewicht dieser proklamierten gesellschaftlichen Umwälzung lag dabei von Anfang an auf der Wirtschaft, da sie nach marxistisch-leninistischem Verständnis die Grundlage aller gesellschaftliche Entwicklung ist.

Eingriffe in die Eigentums- und Lenkungsordnung, die weitgehend den von der KPD unter Anleitung der KPdSU im Moskauer Exil aufgestellten wirtschaftspolitischen Richtlinien folgten, wurden dabei immer wieder mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Notwendigkeiten und die antifaschistische Zielsetzung begründet: Das allgemeine wirtschaftliche Chaos und die Notlage erfordere eine straffe, zentrale Planung wirtschaftlicher Abläufe, die ökonomische Basis des deutschen Militarismus und Faschismus müsse zerstört und „Naziaktivisten“, Rüstungsfabrikanten sowie Kriegsverbrecher müßten bestraft werden. Entsprechende Befehle der SMAD richteten sich deshalb in erster Linie gegen Funktionsträger des NS-Regimes und dessen Stützen in der Wirtschaft. In der Praxis zeigte sich jedoch bald, daß die politischen Absichten von SMAD und der sie unterstützenden KPD/SED weit über eine antifaschistische Säuberung des bestehenden Wirtschaftssystems hinausgingen.¹⁶

Dabei waren ökonomisch-pragmatische, politische und ideologische Motive zumeist eng miteinander verknüpft. In welchem Maße sie für die Politik der Besatzungsmacht bei den einzelnen Schritten jeweils ausschlaggebend waren, muß anhand der Quellen noch genauer analysiert werden.¹⁷ Auch die Frage, in wecher Weise von deutscher Seite auf die Besatzungspolitik der SMAD Einfluß genommen werden konnte, speziell durch die KPD/SED, aber auch durch die zunächst noch nicht vollständig unter kommunistischer Kontrolle stehenden staatlichen Verwaltungen oder durch die bürgerlichen Parteien CDUD und LDP, die teils erheblichen Widerspruch gegen die Besatzungspolitik erhoben, bedarf noch genauerer Untersuchungen.¹⁸

16 Vgl. dazu Tatzkow, Monika/Henicke, Hartmut, „... ohne ausreichende Begründung ...“. Zur Praxis der „Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“ in der SBZ, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen 4 (1992), S. 182–189.

17 Die Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu den „Wirtschaftlichen Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR“ unter Leitung von Christoph Buchheim (Mannheim), die demnächst in einem Sammelband veröffentlicht werden sollen, deuten generell auf eine stärker ökonomisch-rationale Wirtschaftspolitik der SMAD als bisher angenommen hin.

18 Angesprochen wird diese Problematik im Bericht „Die Rolle der SMAD und der KPD/SED beim Aufbau der Diktatur 1945–1950“ von Fischer, Alexander/Rißmann, Martin. Vgl. dazu auch Foitzik, Jan, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Broszat, M./Weber, H. (Hgg.), SBZ-Handbuch, S. 7–69 sowie Tatzkow/Henicke, „... ohne ausreichende Begründung“.

Zu ersten Eingriffen in die überkommene Wirtschaftsordnung kam es bereits im April und Juni 1945, als die Banken und Sparkassen der SBZ beschlagnahmt wurden. Ihre Aufgaben und Funktionen übertrug die SMAD mit Befehl Nr. 01 vom 23. Juli 1945 neu zu gründenden staatlichen Kreditinstituten bei den Ländern und Kommunen der SBZ. Auch wenn in der Folgezeit kleine private Kreditinstitute wieder zugelassen wurden, bedeutete diese Beschlagnahme, die zunächst auch ein wichtiger Schritt zur Inflationsbekämpfung war, faktisch die entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung des gesamten Bankensektors. Zur formellen Enteignung durch entsprechende Ländergesetze kam es jedoch erst im Laufe des Jahres 1948, nach der Währungsreform.¹⁹

In der Landwirtschaft wurde im September 1945 unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ die Bodenreform eingeleitet. Sie führte zur vollständigen Beseitigung des privaten Großgrundbesitzes in der SBZ. Landwirtschaftliche Anwesen mit einer Fläche von mehr als 100 ha sowie die Betriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“ unabhängig von ihrer Größe wurden entschädigungslos enteignet und in Parzellen von fünf bis zehn ha vor allem an Flüchtlinge, Landarbeiter und landarme Bauern verteilt. Viele dieser „Neubauern“ schlossen sich später als erste den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften an.²⁰

Im Oktober leitete die SMAD dann auch erste Schritte zur Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der Industrie der SBZ ein: Mit den Befehlen Nr. 124 und 126 vom 30. bzw. 31. Oktober 1945 sequestrierte sie das Eigentum nationalsozialistisch belasteter Organisationen und Personen, die wichtige Funktionen in Staats-, Wirtschaft- und Verwaltungsapparat ausgeübt hatten. Von der Beschlagnahme betroffen war folglich nicht nur Staats-, NSDAP- und Wehrmachtgut in der Industrie, sondern auch sämtliche größeren privaten Unternehmen. Über 9.000 der 10.000 beschlagnahmten Betriebe gingen 1946 nach einem – nur in Sachsen durchgeführten – Volksentscheid als „Volkseigene Betriebe“ in das Eigentum der Länder und Provinzen über.²¹ Etwa 200 der wichtigsten Industriebetriebe, vor allem im schwerindustriellen Bereich, wurden als Sowjetische Aktiengesellschaften zu Reparationszwecken

19 Vgl. hierzu ausführlich: Deckers, Josef, Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone/DDR, Berlin 1974, Ulrich, Rolf, Die Bankenenteignung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, in: Wertpapier-Mitteilung, Teil 4, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht 46 (1992), S. 633–639 sowie Frenzel, Paul, Das sozialistische Geldsystem der DDR, in: Deutschland Archiv 7 (1988), S. 765–777 und ders., Die Rote Mark. Perestroika für die DDR, hrsg. v. Fritz Schenk, Herford 1989.

20 Vgl. dazu ausführlicher die Expertise „Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR“ von Weber, Adolf.

21 Vgl. dazu die Expertise „Herausbildung und Entwicklungsphasen des ‘Volkseigentums’ von Mühlfriedel, Wolfgang und Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin (Ost) 1958.

in staatliches sowjetisches Eigentum überführt.²² 1947 entfielen auf SAG und VEB zusammen bereits 56% der industriellen Bruttoproduktion der SBZ; besonders hoch war ihr Anteil in der Grundstoffindustrie und der Metallverarbeitung (z. B. bei Energie: 93%; im Bergbau: 98% in der Metallurgie: 97%; in der Chemie: 74%; im Maschinenbau: 99%), also den für Wiederaufbau und Reparationsleistungen besonders wichtigen Bereichen.²³ Bis Mitte 1948 stieg der Anteil staatlicher Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion insgesamt auf etwa 61% an.²⁴ Nur in den leichtindustriellen Branchen überwog zunächst noch der private Sektor.²⁵

Insgesamt war im Zuge der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“ bis Mitte 1948 in der Wirtschaft der SBZ ein dominierender staatlicher Sektor geschaffen worden, als dessen Träger entweder Kommunen, Länder und Provinzen oder – wie im Falle der SAG – die Besatzungsmacht selbst in Erscheinung traten. In das Bewirtschaftungssystem, das die SMAD parallel zur Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse aufbaute, wurden jedoch auch privatwirtschaftliche Betriebe, die in Leichtindustrie, in der Landwirtschaft, in Handel und Handwerk weiterhin bestimmend blieben, einbezogen.

Angesichts des fast vollständigen Produktionsstillstandes, der katastrophalen Versorgungslage und allgemeinen Notsituation in der Nachkriegszeit, bestand für die Sowjetunion – wie für die westlichen Besatzungsmächte auch – zunächst eine fast zwingende Notwendigkeit, an die Bewirtschaftungsformen der Kriegszeit anzuknüpfen: Verbrauchsgüter und Nahrungsmittel blieben rationiert, Löhne und Preise wurden „eingefroren“, die Zuteilung wirtschaftlicher Ressourcen an die Betriebe erfolgte entsprechend festgelegter Produktions- und Ablieferungsvorschriften und sämtliche Ein- und Ausfuhren wurden von der jeweiligen Besatzungsmacht kontrolliert.

In der SBZ versuchte die SMAD mit einer Reihe von direkten „Produktionsbefehlen“, die Wirtschaftstätigkeit wieder in Gang zu bringen. Mit Befehl Nr. 9 vom 21.7.1945 zum Beispiel ordnete sie die generelle Wiederaufnahme der Produktion an, Befehl Nr. 43 vom 28.8.1945 zielte auf den beschleunigten Wiederaufbau von Industriebetrieben und die Befehle Nr. 44, 47 und 48 vom September 1945 sollten die Produktion von Versorgungsgütern sicherstellen.²⁶

22 Zu Gründung und Bedeutung der SAG vgl. Mühlfriedel, Wolfgang, SAG-Betriebe – Schulen des Sozialismus. Eine Skizze der historischen Entwicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil IV (1980), S. 159–186, Matschke, Industrielle Entwicklung, (Kapitel „Die sowjetischen Aktiengesellschaften“) sowie Sattler, Friederike, Mitwirkung im SAG-Betrieb. Zur Geschichte der Bleichert-Transportanlagenfabrik, Leipzig (1946–1953), Freiburg 1991 (unveröffentlichte Magisterarbeit).

23 Zank, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen, S. 255

24 Krause, Entstehung, S. 108

25 Zur Lage der Privatwirtschaft vgl. ausführlich die Expertise „Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft“ von Buck, Hannsjörg.

26 Vgl. dazu Krause, Entstehung, S. 31–33 und Zank, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen, S. 258.

Hinzu kamen Befehle zur Kontrolle der Güterbewegungen (Befehl Nr. 55 vom 8.9.1945) und zur Aufstellung von Monats- und Quartalsplänen (Befehl Nr. 67 vom 6.3.1946) sowie zahlreiche Rationierungs- und Bewirtschaftungsrichtlinien.²⁷

Bei der Durchführung ihrer Befehle stützte sich die SMAD nicht nur auf die Länder- und Provinzialverwaltungen, in denen die bürgerlichen Parteien CDU und LDP zunächst noch sehr starke Positionen inne hatten, sondern sie gründete im Juli 1945 – mit gesamtdeutschem Anspruch – zusätzlich elf „Deutsche Zentralverwaltungen“, deren Leitungspositionen vornehmlich mit KPD-Funktionären besetzt wurden. Allein acht dieser Zentralverwaltungen waren im wirtschaftlichen Bereich angesiedelt: die Zentralverwaltungen für Industrie, für Verkehrswesen, für Handel und Versorgung, für Finanzen, für Arbeit und Sozialfürsorge, für Brennstoffindustrie, für Nachrichtenwesen sowie für Landwirtschaft.²⁸ Sie sollten auf zentraler Ebene eine Reihe von wichtigen wirtschaftsleitenden Aufgaben wahrnehmen, wie z. B. die Erfassung und Verteilung von Rohstoffen, die Aufstellung und Durchführung von Produktionsplänen sowie die Kontrolle der Plandurchführung und der wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Zonengebietes.²⁹ Da sie jedoch nicht mit eigener Exekutivgewalt ausgestattet waren, sondern lediglich entlastend für die jeweiligen Abteilungen der SMAD tätig werden sollten, gerieten sie oft in Kompetenzstreitigkeiten mit den auf Eigenständigkeit bedachten Landes- und Provinzialverwaltungen; ein Konflikt, der von der SMAD mit Rücksicht auf gesamtdeutsche Optionen der sowjetischen Deutschlandpolitik zunächst nicht eindeutig zugunsten der zentralen Verwaltungen entschieden wurde.³⁰ Mit Hilfe der deutschen Verwaltungen arbeitete die Planökonomische Abteilung der SMAD bereits seit 1946 grobe Jahreswirtschaftspläne für die gesamte SBZ aus. Es handelte sich dabei um rein mengenmäßige Produktionspläne, die jeweils für ein Vierteljahr genauer ausgelegt wurden. Bis 1948 hatten jedoch in der Praxis die von den „Ämtern für Wirtschaftsplanung“ auf Landesebene unter Anleitung der einzelnen SMA der Länder erstellten Produktionspläne größere Bedeutung.

Mit dem rigiden Bewirtschaftungssystem, das sich auf der Grundlage des „Volkseigentums“ mit Hilfe von Produktionsbefehlen, Bewirtschaftungsrichtlinien und Wirtschaftsplänen entwickelte, konnte die SMAD zunächst beachtliche Erfolge beim wirtschaftlichen Wiederaufbau erzielen: Bereits Ende 1946 betrug die Produktion der SBZ 56% des Vorkriegsstandes von 1936 und lag

27 Zank, *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen*, S. 259

28 Vgl. Zank, *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen*, S. 256.

29 Hamel, Hannelore, *Ordnungspolitische Gestaltung der Wirtschaftssysteme*, in: Bundesrepublik – DDR. Die Wirtschaftssysteme, hrsg. v. Hamel, H., München 4 1983, S. 61–115, hier: S. 62

30 Vgl. hierzu auch: Steiner, André, *Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 49/50 (1993)*, S. 32–39.

damit über der der Westzonen.³¹ Doch zeigten sich mit zunehmender Wirtschaftstätigkeit bald auch die Schwächen dieses administrativ-militärischen Planungssystems. Kompetenzüberschneidungen zwischen den Planungsinstanzen, unzuverlässige statistische Daten sowie mangelnde Koordination der aufgestellten Pläne führten zu allgemeiner Desorganisation. Da wirtschaftliche Selbstverwaltungsorgane nicht wieder zugelassen worden waren, lasteten alle Aufgaben auf den öffentlichen Verwaltungen, die aufgrund zahlreicher Bestimmungen und Vorschriften oft nur schwerfällig und unflexibel arbeiten konnten. In Folge ausbleibender oder nur stockender Versorgung mit Ressourcen sahen sich viele Betriebe nicht in der Lage, ihre Produktionsauflagen zu erfüllen und betrieben an den Bewirtschaftungsvorschriften vorbei illegale Kompensationsgeschäfte – oft mit Duldung der Behörden.

Angesichts der bestehenden Mängel im Bewirtschaftungssystem forderten führende Funktionäre der SED, so z. B. schon im Sommer 1946 Bruno Leuschner, immer wieder, die Wirtschaftsverwaltung zu reorganisieren und zu vereinheitlichen.³² Im Juni 1947 setzte die SMAD daraufhin eine „ständige Kommission“ – später „Deutsche Wirtschaftskommission“ (DWK) genannt – aus Vertretern verschiedener wirtschaftlicher Zentralverwaltungen ein. Da sie nur mit geringen Kompetenzen ausgestattet war, zum Beispiel weder auf die Sowjetischen Aktiengesellschaften noch auf die Demontagepolitik, die dem Wiederaufbau der SBZ-Wirtschaft erhebliche Ressourcen entzogen, Einfluß nehmen durfte, sondern auf rein ökonomisch-organisatorische Aufgaben verwiesen wurde, konnte jedoch auch sie die im Winter 1946/47 zu einer wirtschaftlichen Krise angeschwollenen Probleme nicht lösen.

2. *Ausbau und Zentralisierung*

Erst nachdem sich im Laufe des Jahres 1947 der Ost-West-Konflikt immer stärker zugespitzt hatte und sowohl die Westalliierten als auch die Sowjetunion die staatliche Organisation ihres jeweiligen Besatzungsgebietes vorantrieben, kam es zu einer allgemeinen Aufwertung der DWK: Sie erhielt im Februar 1948 wichtige wirtschaftsleitende Kompetenzen, im April 1948 erteilte ihr die SMAD ein verbindliches Weisungsrecht für die gesamte SBZ und in den folgenden Monaten wurde sie zu einer einheitlichen-hierarchischen, SED-dominierten Behörde ausgebaut, deren Sekretariat im Oktober 1949 die Funktionen einer provisorischen Regierung der DDR übernehmen konnte.³³ Die DWK wurde damit zum Hebel eines umfassenden Zentralisierungsprozesses, der von der SMAD in Gang gesetzt und von der SED mit wachsender

31 Zank, *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen*, S. 260

32 Zank, *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen*, S. 261/262

33 Hamel, *Ordnungspolitische Gestaltung*, S. 65

Eigenständigkeit vorangetrieben wurde.³⁴ In der Wirtschaft führte er zum Ausbau des in der Besatzungszeit entstandenen Bewirtschaftungssystems zu einer zentralgelenkten administrativen Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild.

Wichtigste Stützen des Zentralisierungsprozesses waren die bis Mitte 1948 entstandenen „volkseigenen Betriebe“. Auch wenn es nach Abschluß des Sequesterverfahrens zunächst nicht mehr zu offenen Massenenteignungen kam, wurde der volkseigene Sektor durch die gezielte Anwendung von steuer- und wirtschaftsstrafrechtlichen Bestimmungen gegen private Betriebe sowie durch Vermögenseinzug von „Republikflüchtlingen“ weiter ausgebaut. Vor allem mittelständische Industriebetriebe und der private Groß- und Einzelhandel waren von diesen indirekten Enteignungen betroffen.³⁵

Zunehmend setzte man jedoch auch auf eine allmähliche Verdrängungsstrategie gegenüber der Privatwirtschaft. So wurde z. B. durch bevorzugte Versorgung der SAG und VEB mit Rohstoffen, Zulieferprodukten und Investitionsmitteln gezielt das vorrangige Wachstum des volkseigenen Sektors in der Industrie gefördert. Die hier noch bestehenden privaten Betriebe wurden über ein „Vertragssystem“, das die Zuteilung von Rohstoffen und Materialien vom Abschluß von Zulieferverträgen mit volkseigenen Betrieben abhängig machte, an den zentralgelenkten, volkseigenen Sektor gebunden. Ähnlich ging man in der Landwirtschaft vor: während Klein-, Mittel- und Neubauern gezielt gefördert wurden, z. B. durch die bevorzugte Bedienung mit Landmaschinen aus den staatlichen Maschinen-Ausleih-Stationen, wurde die Wirtschaftskraft der verbliebenen Großbauern (über 20 ha) immer mehr geschwächt, z. B. durch Vorschriften zur Hektarveranlagung oder den Erlaß von speziellen Landarbeiterschutzgesetzen.³⁶

Mit Rücksicht auf die allgemeine Versorgungslage blieben aber sowohl Landwirtschaft als auch Handwerk, die beiden letzten Wirtschaftszweige, in denen der Anteil privater Betriebe noch eindeutig überwog, zunächst von weiteren Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse verschont.

Erst nachdem die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR proklamiert hatte, wurde die Zurückdrängung des privaten Sektors wieder forciert. Mit der Maßgabe, die „von der Sphäre der kapitalistischen Warenproduktion ständig ausgehenden Störungen von Wirtschaft und Versorgung“ beseitigen zu müssen, kam es in der Industrie, insbesondere im gewerblichen Mittelstand, im Herbst 1952 und Frühjahr

34 Der sowjetische Einfluß blieb zweifelsohne auch weiterhin groß. Vgl. dazu demnächst auf sowjetischer Quellengrundlage: Laufer, Jochen, Auf dem Weg zur staatlichen Vervollständigung der SBZ, (maschinenschriftlich: Potsdam 1993).

35 Vgl. dazu mit aufschlußreichem neuen Quellenmaterial: Tatzkow, Monika/Henicke, Hartmut, Steuerkrieg gegen Privatunternehmer. Zu Enteignungsmethoden in der DDR im Zeitraum 1950 bis 1953, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen 5 (1992), S. 254–260.

36 Vgl. hierzu die Expertise „Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft“ von Buck, Hannsjörg.

1953 wieder zu Enteignungen und Liquidationen in erheblichem Umfang. Gleichzeitig wurde nun im Handwerk und vor allem in der Landwirtschaft die Idee der Kollektivierung propagiert: Handwerker und Einzelbauern sollten sich auf freiwilliger Basis zu Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) bzw. Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammenschließen. Faktisch wurden sie einerseits durch materielle Vorteile dazu angereizt, andererseits aber auch unter erheblichen Druck gesetzt.³⁷

Die Einsetzung der DWK als zentrale wirtschaftsleitende Instanz im Frühjahr 1948 markierte zugleich auch den Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung der SBZ/DDR. Im Juni 1948 beschloß das ZK der SED die Aufstellung eines Halbjahresplanes für 1948 sowie eines Zweijahresplanes für 1949/50 und beauftragte die DWK mit der Ausarbeitung. Anhand eines Systems von Planbilanzen – insgesamt etwa 300 Erzeugnispositionen – wurde der Einsatz von Kapazitäten, Materialien und Arbeitskräften festgelegt. Die Hauptziele dieser ersten volkswirtschaftlich koordinierten Pläne lagen vor allem in der Wiederherstellung der kriegszerstörten und demontierten Anlagen sowie in der Bereitstellung von Reparationsleistungen für die Sowjetunion. Im Zentrum stand deshalb vor allem die mengenmäßige Produktionsplanung in Metallurgie, Kohle und Energie, Verkehr, Chemie und Maschinenbau. Auf diese Bereiche wurden – in der Regel zu Lasten der Konsumgüterproduktion – die wirtschaftlichen Ressourcen der gesamten SBZ/DDR konzentriert. Ein Fünftel der erwirtschafteten materiellen Produktion floß jedoch noch 1948 und 1949 aus dem wirtschaftlichen Kreislauf als Reparationsleistungen in die Sowjetunion ab.³⁸

Grundlage für die Organisationstruktur der Wirtschaftsplanung in der volkseigenen Industrie bildete seit 1948/49 das „Produktionsprinzip“, d. h. die Leitung der einzelnen Betriebe erfolgte nach ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftszweigen. Trotz zahlreicher organisatorischer Änderungen im Planungs- und Lenkungssystem blieb dieses Prinzip durchgängig bestimmend. Nur kleinere, nicht so bedeutende Betriebe wurden als „örtliche Industrie“ auf Landesebene (bzw. seit 1952 auf Bezirksebene) nach dem „Territorialprinzip“ geleitet.³⁹ Entsprechend waren bereits 1948 „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ auf zentraler Ebene (VVB/Z) und auf Landesebene (VVB/L) gebildet worden. Sie standen als mittlere Leitungsinstanzen, die in kurzer Zeit relativ

37 Vgl. Buchheim, Christoph, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1990), S. 415–433, hier: S. 417 und Mitter, Armin/Wolle, Stefan, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 27–167, hier: S. 35.

38 Zank, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen, S. 272

39 Davon völlig unbenommen blieb die Gültigkeit des „Prinzips des demokratischen Zentralismus“. Vgl. zur Organisationsstruktur des Planungssystems bis 1962: Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (Ost) 1978, hier: S. 30 ff.

viel Eigenständigkeit gewannen, zwischen den einzelnen Betrieben und den industriellen Hauptverwaltungen der DWK, die als obere Leitungsorgane 1949 von den Industrieministerien abgelöst wurden.⁴⁰

Der erste Fünfjahrplan (1951–1955) stand nicht mehr wie seine Vorgänger, der Halbjahrplan 1948 und der Zweijahrplan 1949/50, hauptsächlich im Zeichen des Wiederaufbaus und der Reparationsleistungen, sondern er zielte darüber hinaus auf die grundsätzliche sozialistische Umgestaltung der Volkswirtschaft der DDR nach sowjetischem Vorbild. In erster Linie ging es dabei – entsprechend der von Stalin geprägten wirtschaftlichen „Autarkie-Doktrin“ für sozialistische Staaten – um den Aufbau einer eigenen Grundstoff- und Schwerindustrie, nicht zuletzt aber auch weil im Zuge des Kalten Krieges die Abhängigkeit der DDR von westlichen Rohstofflieferungen deutlich zu Tage trat. Mit einer Reihe großer Investitionsvorhaben wurde er Anfang der 50er Jahre in Angriff genommen: Zu nennen sind hier u. a. der Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost (EKO) und der Bau der Braunkohlenkokerei Lauchhammer.⁴¹ Die gewachsene Industriestruktur der SBZ/DDR, in der traditionell die Verarbeitungsindustrie überwogen hatte, sollte nach dem sowjetischen Vorbild von ihren „Disproportionen“ befreit werden, denn diese machten sich immer wieder als Abhängigkeit der DDR von westlichen Lieferungen bemerkbar. Wie schon zuvor nahm die Leichtindustrie und die Konsumgüterproduktion einen nur nachgeordneten Rang unter den zentralen Planzielen ein. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Textilien und anderen Waren des täglichen Bedarfs blieb demzufolge weiterhin angespannt. Mit dem ersten Fünfjahresplan gliederte sich die DDR darüber hinaus in den 1949 gegründeten „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) der sozialistischen Staaten ein⁴² und baute nach innen das Planungs- und Lenkungssystem des volkseigenen Sektors straff zentralisiert weiter aus.

1952 wurden die VVB, die – oft im Einverständnis mit den Betrieben – zentrale Planvorgaben in eigener Regie abgeändert hatten und deshalb zunehmend in Kompetenzstreitigkeiten mit den oberen Lenkungsorganen geraten waren, aufgelöst oder in „Verwaltungen Volkseigener Betriebe“ zurückgestuft.⁴³ In dem nun nur noch zweistufigen Planungs- und Lenkungssystem unterstanden die Betriebe direkt den Ministerien und ihren stark ausgebauten Industriezweighauptverwaltungen.

40 Als „oberstes“ Leitungs- und Planungsorgan fungierte zunächst die DWK, ab 1949 das Ministerium für Planung, ab 1950 dann die Staatliche Plankommission.

41 Vgl. hierzu auch die lebensgeschichtlichen Interviews in: Niethammer, Lutz (Hg.), Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991 (insbesondere den Bericht eines Hochöfners aus dem EKO: „Die Geheimnisse des roten Hochöfners“, S. 382–408)

42 Vgl. hierzu die Expertise „Die Integration der DDR-Wirtschaft in den RGW“ von Schüller, Alfred.

43 Im März 1953 wurden schließlich auch die Verwaltungen gänzlich aufgelöst. Vgl. Roesler, Herausbildung, S. 36.

Die bessere Einbindung der einzelnen Betriebe in das planwirtschaftliche System war eine weitere wichtige Aufgabe des 1. Fünfjahresplanes. Kriegsfolgen, allgemeine Desorganisation und Mängel im Bewirtschaftungssystem hatten die Betriebe in den ersten Nachkriegsjahren nicht nur zu eigenständigem wirtschaftlichen Handeln und Entscheiden gezwungen, sondern auch Voraussetzungen für das Entstehen einer an politische Traditionen der Weimarer Republik anknüpfenden Betriebsrätebewegung geschaffen.⁴⁴ Die von ihr vertretenen Forderungen nach Mitbestimmung und Demokratie in den Betrieben in Einklang mit den oft gegenläufigen Anforderungen der Planwirtschaft, wie z. B. strenge Plandisziplin, zu bringen, stellte in den ersten Jahren der DDR eine der Hauptaufgaben der SED-abhängigen gewerkschaftlichen Massenorganisation dar. Bereits 1947 wurden in den Betrieben Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) gewählt; mit Unterstützung der Betriebsparteiorganisationen der SED (BPO) gelang es ihnen, die unabhängigen Betriebsräte zu verdrängen und immer mehr Formen „sozialistischer Demokratie“ in den Betrieben einzuführen, die sich vor allem auf die betriebliche Planerfüllung richteten.⁴⁵ Von besonderer Bedeutung waren hier die 1951 erstmals zwischen Betriebsleitung und Belegschaft abgeschlossenen Betriebskollektivverträge (BKV), die nicht – wie von den Arbeitern und Angestellten erwartet – Lohn- und Gehaltsfragen in den Mittelpunkt stellten, sondern in erster Linie auf die Abgabe von Selbstverpflichtungen zur Planerfüllung zielten.

Auch über die Verfeinerung und Systematisierung des Planungsverfahrens in den zentralen Händen der Staatlichen Plankommission (SPK) wurden die Betriebe immer fester in das planwirtschaftliche System eingebunden. 1953 vergab die SPK – entsprechend den wirtschaftspolitischen Zielvorgaben der SED – ca. 400 orientierende Kontrollziffern für die Bruttoproduktion. Diese wurden von den Ministerien und Industriezweig-Hauptverwaltungen zu einer ca. 2.500 Positionen umfassenden „Schlüsselliste“ weiter aufgegliedert und an die einzelnen VEB weitergeleitet. Diese wiederum mußten daraus ihr „allgemeines Warenverzeichnis“ ableiten, das insgesamt etwa 40.000 Positionen umfaßte und verdichtet zu einer „Schlüsselliste“ als „Projektplan“ an die Ministerien zurückging. Auf dieser Grundlage erstellt die SPK die ca. 850 Positionen umfassende, verbindliche „Staatsplannomenklatur“ für die gesamte DDR.⁴⁶

44 Vgl. Suckut, Siegfried, Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945–1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzepts der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Frankfurt/M. 1982.

45 Vgl. Keller, Dietmar, Lebendige Demokratie. Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR. 1948 bis 1952, Berlin (Ost) 1971.

46 Roesler, Herausbildung, S. 45

Nicht nur die Anzahl dieser Vorgaben und Kennziffern für die Bruttoproduktion nahm ständig zu, darüber hinaus wurden auch Investitionsplanung, Kosten-, Gewinn- und Finanzplanung sowie Umlaufmittelplanung fester Bestandteil des Planungsverfahrens und damit Gegenstand immer detaillierter Bestimmungen und Instruktionen für die Betriebe.

Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe konnte bis 1952 allein am Grad der mengenmäßigen Planerfüllung gemessen werden. Ein konsistentes, den Wert der Produktion widerspiegelndes Preissystem gab es nicht; die meisten Preise wurden auch nach der 1948 durchgeführten Währungsreform auf niedrigem Niveau festgehalten und dienten in der Regel lediglich als Verrechnungseinheiten. Mit Einführung der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ im März 1952 erhielten die volkseigenen Betriebe ihre juristische Selbständigkeit und wurden mit eigenen Grund- und Umlaufmitteln ausgestattet.⁴⁷ Orientiert an kaufmännischen Grundregeln sollte die bisherige reine Mengenplanung jetzt durch Rentabilitätskriterien ergänzt werden. Effektiv wurde damit jedoch zunächst nur ein Instrument zur finanziellen Kontrolle und Steuerung der Betriebe geschaffen. Da sich der gesamte Zahlungsverkehr der volkseigenen Betriebe über das staatliche Bankensystem vollzog, Erlöse hierhin abgeführt werden mußten und Kredite nur hier zu bekommen waren, konnte die „Kontrolle durch die Mark“ – als eines der wichtigsten Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung – wirksam zur Lenkung der Investitionsmittel in die geplanten Großprojekte der Schwerindustrie eingesetzt werden.

Mit Hilfe der straffen Zentralisierung und dem Ausbau des administrativen Planungssystems konnten bis Anfang der 50er Jahre Desorganisation und Schwierigkeiten des Bewirtschaftungssystems zumindest teilweise zurückgedrängt werden. So gelang es, die wirtschaftliche Krise von 1947 zu überwinden, und der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie wurde mit beachtlichen Anfangserfolgen in Angriff genommen. Die von der SED angestrebte effektive Beherrschung volkswirtschaftlicher Prozesse durch die forciert vorangetriebene Zentralisierung der Planwirtschaft gelang jedoch auch Anfang der 50er Jahre nicht – im Gegenteil: bis 1953 hatte sich die Lage zu einer neuen Krise zugespitzt.

3. *Krise und Korrekturversuche*

Die Anforderungen, die der im Juli 1952 proklamierte „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ an die wirtschaftliche Leistungskraft der DDR stellte, waren zu hoch. Die hauptsächlich wohl ideologisch zu begründende Verschärfung des gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Kurses der SED, der auf eine immer

47 Cornelsen, Doris, Die Volkswirtschaft der DDR: Wirtschaftssystem – Entwicklung – Probleme, in: Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hgg.), Deutschland-Handbuch, Bonn 1989, S. 258–275, hier: S. 261

engere Anpassung der DDR an die stalinistische Sowjetunion zielte, führte unter den Anfang der 50er Jahre gegebenen materiellen Bedingungen zu einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise, die letztlich ihren Ausdruck im Volksaufstand vom 17. Juni 1953 fand.

Auch vor Verkündung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ war die wirtschaftliche Lage der DDR schon sehr angespannt. Das resultierte einerseits aus den schwierigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Der Kalte Krieg schnürte die DDR von westlichen Lieferungen, die die ungünstige, gewachsene Branchenstruktur hätten ausgleichen können, ab und zwang zum forcierten Aufbau einer eigenen Schwerindustrie, die Reparationslasten zehrten 1952 und 1953 noch jeweils mit etwa 10% am produzierten Nationaleinkommen der DDR und seit 1952 mußte sich die DDR auf sowjetisches Drängen auch an den Rüstungsanstrengungen des Warschauer Paktes beteiligen.⁴⁸

Doch traten andererseits auch die immanenten Mängel des planwirtschaftlichen Systems immer deutlicher hervor. Auf zahlreichen ZK-Tagungen zu Beginn der 50er Jahre wurden sie erörtert, in der Regel aber nur vordergründig mit noch nicht ausgreifter Methodik und mangelnder Planungserfahrung erklärt.⁴⁹ Im Zentrum der Kritik standen vor allem die zu hohen Produktionskosten infolge von Rohstoff- und Arbeitskraftverschwendung, Ausschußproduktion, die Neigung zur Hortung von Rohstoffen und Zwischenprodukten, die schlechte Organisation des Produktionsablaufes, die zu Stillstand und Überstunden führe, das Nichteinhalten der Wirtschaftspläne und das generelle Zurückbleiben des Warenangebotes. Die eigentlichen Ursachen dieser Mängel ließen sich jedoch nicht – wie viele SED-Funktionäre und Wirtschaftslenker hofften – mit besserer Planung beseitigen, sondern sie lagen im Planungssystem selbst.

Da die volkseigenen Betriebe aus dem Staatshaushalt finanziert wurden, unterlagen sie nur einer „weichen Budgetbeschränkung“.⁵⁰ Sie konnten praktisch nicht in Konkurs gehen und neigten dazu, knappe wirtschaftliche Ressourcen an sich zu binden: sie horteten sowohl Material als auch Halbfertigprodukte und Arbeitskräfte, während überfällige Kredite des staatlichen Bankensystems schon in den 50er Jahren in die Milliarden gingen. Wirtschaftliche Kreisläufe kamen dadurch immer wieder ins Stocken und ohnehin bestehende Engpässe verschärften sich weiter; eine kontinuierliche Produktion nach vorgegebenen Planzielen erwies sich deshalb für viele Betriebe als unmöglich.

Ein weiteres grundlegendes Problem lag in der direktiven Planorientierung des gesamten wirtschaftlichen Handelns. Sie hatte zur Folge, daß wirtschaftliche

48 Buchheim, *Wirtschaftliche Hintergründe*, S. 425

49 Vgl. z. B.: *Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariates*, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954.

50 Buchheim, *Wirtschaftliche Hintergründe*, S. 418

Leistungen nur am Grad ihrer Planerfüllung gemessen werden konnten. Da Anfang der 50er Jahre die Wirtschaftspläne ganz überwiegend noch reine Mengenpläne waren und nur wenige Qualitäts- oder Rentabilitätskriterien enthielten, kam es zu einer weit verbreiteten „Tonnenideologie“: Wollten die Betriebe in den Genuß von Planerfüllungsprämien kommen, mußten sie nicht die Qualität, sondern vor allem Wert und Gewicht ihrer Produkte steigern, auch wenn das zu Materialverschwendung großen Ausmaßes führte. Schon bei der Aufstellung der Betriebspläne achteten sie darauf, daß die Planziele nicht zu hoch gesteckt wurden, damit sie möglichst auch erfüllt oder sogar übererfüllt werden konnten. Die tatsächlichen Kapazitäten konnten in der Regel nicht genau ermittelt werden, so daß auch die Vorgabe realer, volkswirtschaftlich bilanzierter Produktionskennziffern durch die wirtschaftsleitenden Instanzen nur eingeschränkt möglich war.⁵¹

Ein drittes gravierendes Problem lag darin, daß es kein konsistentes, mit dem Weltmarkt korrespondierendes Preissystem gab.⁵² Während die Preise für Grundstoffe auf dem Niveau von 1944 festgehalten wurden, und ihre Produktion oder ihr Import entsprechend stark subventioniert werden mußte, stiegen die nach den betrieblichen Selbstkosten errechneten Preise für Industriegüter stark an. Sie waren nicht nur völlig uneinheitlich, so daß sie kaum als Grundlage einheitlicher Planung verwandt werden konnten, sondern lagen insgesamt auch weit über dem Weltpreinsniveau, so daß die DDR Außenhandelsverluste staatlich abdecken mußte.

Niedrige Arbeitsproduktivität und eine nur schlechte Ausnutzung der wirtschaftlichen Ressourcen waren die Folge dieser immanenten Mängel des Planungssystems. Doch ergriff die Staats- und Parteiführung zur Abhilfe keine grundlegenden, das planwirtschaftliche System an sich verändernden Maßnahmen, sondern konzentrierte sich darauf, mit direkten Mitteln auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität hinzuwirken: Von ideologischer Aufbau-propaganda begleitet und mit Appellen an die persönliche Arbeitsmoral wurde der einzelne Arbeiter im Rahmen des „sozialistischen Wettbewerbs“ dazu angehalten, sich zur Übererfüllung bestimmter Planziele zu verpflichten, am eigenen Arbeitsplatz Material einzusparen und geltende Arbeitsnormen zu überbieten.⁵³ Mit der Einführung des „Prinzips der materiellen Interessiertheit“ schuf man daneben auch eine Reihe von geldwerten Anreizen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Zu diesem Zweck wurde u. a. das ursprünglich nivellierende Lohnsystem stark ausdifferenziert, indem zusätzliche Lohngruppen geschaffen und Lohnerhöhungen vor allem in den oberen Lohngruppen gewährt wurden. Da die gezahlten Grundlöhne niedrig gehalten wurden, waren die meisten Beschäftigten gezwungen, ihr Auskommen – nach dem Vorbild der

51 Roesler, *Herausbildung*, S. 50ff

52 Buchheim, *Wirtschaftliche Hintergründe*, S. 421

53 Vgl. dazu Roesler, *Herausbildung*, S. 84–96.

„Aktivistenbewegung“ – durch die Überbietung der geltenden Arbeitsnormen, welche als Bemessungsgrundlage des progressiv steigenden „Leistungslohnes“ dienten, zu sichern.

Gleichzeitig blieben jedoch die Konsummöglichkeiten der Bevölkerung sehr gering: Unwirtschaftlichkeit des Planungssystems einerseits, hohe Reparationslasten und der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie andererseits führten dazu, daß der vorhandene Kapitalstock für die Konsumgüterproduktion über Jahre hinweg abnahm.⁵⁴ Durch den forciert betriebenen „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ seit Sommer 1952 verschlechterte sich die allgemeine Versorgungslage jedoch noch weiter. Gerade bei Verbrauchsgütern, wie z. B. Textilien und Schuhen, konnten im ersten Halbjahr 1953 die aufgestellten Pläne nicht mehr erfüllt werden und folglich ging auch der Umsatz im Handel deutlich zurück. Enteignungen privater Handels- und Gewerbebetriebe sowie der Kollektivierungsdruck auf die Bauern lösten gleichzeitig eine Fluchtwelle in die Bundesrepublik aus,⁵⁵ so daß sich die angespannte Lage weiter verschärfte und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs.

Die ideologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik der SED hatte die DDR in eine wirtschaftliche Zwangslage manövriert, aus der sich die „führende Partei“ nur mit einer weiteren Verschärfung des einmal eingeschlagenen Kurses befreien zu können hoffte. Sie griff im Frühjahr 1953 zu einer Reihe von Notmaßnahmen, mit denen der allgemeine Mangel verteilt, der Geldüberhang abgeschöpft und die staatlich auszahlende Lohnsumme durch Heraufsetzen der Arbeitsnormen vermindert werden sollte.⁵⁶ Diesen harten Kurs gegenüber der eigenen Bevölkerung konnte sie jedoch nicht durchhalten, sondern mußte – auf sowjetische Intervention – am 9. Juni 1953 die eigene Politik weitgehend zurücknehmen und einen „Neuen Kurs“ verkünden. Sie gab damit selbst das auslösende Signal für den Volksaufstand vom 17. Juni 1953.

Die Hintergründe dieser Erhebung gegen das stalinistische System lassen sich sicherlich nicht auf wirtschaftliche Fragen reduzieren, sondern im Lichte neuer Quellen tritt ganz im Gegenteil ihr politischer Charakter deutlich hervor.⁵⁷ Doch bleibt festzuhalten, daß gerade die schwierigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen, die nicht zuletzt durch die immanenten Mängel des planwirtschaftlichen Systems verursacht waren, zu dem gesellschaftlichen Klima beitrugen, in dem sie entstand.

Nachdem der Aufstand gewaltsam niedergeschlagen worden war, setzte die SED ihren auf Befriedung zielenden „Neuen Kurs“ mit einer Reihe von

54 Roesler, Jörg/Siedt, Veronika./Elle, Michael, Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970, Berlin (Ost) 1986, S. 242

55 In den Jahren 1950 bis 1952 hatten die Flüchtlingszahlen monatlich bei etwa 15.000 Personen gelegen; im ersten Halbjahr 1953 stiegen sie auf 37.500 Personen an. (Vgl. Buchheim, Wirtschaftliche Hintergründe, S. 418).

56 Buchheim, Wirtschaftliche Hintergründe, S. 428

57 Mitter/Wolle, Untergang, S. 27–162.

materiellen Konzessionen fort. Sie brach ihren Liquidationskurs gegenüber der Privatwirtschaft ab, nahm die verfügbaren Normerhöhungen größtenteils zurück, senkte zahlreiche Verbraucherpreise und versuchte, das Angebot von Konsumgütern und Lebensmitteln zu erweitern. Dabei wurde sie auch von der Sowjetunion unterstützt: Diese stellte Kredite zur Verfügung, erhöhte ihre Einfuhren in die DDR beträchtlich und verzichtete zum Jahresende 1953 offiziell auf weitere Reparationsleistungen der DDR. Zusammen trugen diese Maßnahmen zu einer kurzfristigen Entspannung der Lage bei, die eigentlichen Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme der DDR konnten sie jedoch nicht lösen.

Schon Ende 1954 sah sich die SED erneut gezwungen, Gehalts- und Prämienkürzungen vorzunehmen und die Arbeitsnormen heraufzusetzen.⁵⁸ Im Volkswirtschaftsplan für 1956 mußte sie der Schwerindustrie wieder eindeutige Priorität gegenüber der Leichtindustrie einräumen. Doch auch nach dieser Abkehr vom „Neuen Kurs“ gelang es ihr nicht, der wirtschaftlichen Entwicklung eine langfristige, „planmäßige“ Orientierung zu geben: Nur mit erheblicher Verspätung konnte im Januar 1958 der zweite Fünfjahrplan für 1956/60 verabschiedet werden; bereits im Oktober 1959 wurde er abgebrochen und – in Anlehnung an den sowjetischen Planungsrhythmus – durch einen Siebenjahrplan 1959/65 ersetzt.⁵⁹

Mit den ungelösten Problemen wuchs zugleich auch der Druck, Konzepte für eine effektivere Gestaltung des Wirtschaftssystems zu entwickeln. Ab Mitte der 50er Jahre versuchte die Staats- und Parteiführung deshalb, durch eine Reihe von Änderungen im Wirtschaftsmechanismus die Leistungsfähigkeit, Rentabilität und Flexibilität der sozialistischen Betriebe zu erhöhen. So wurde z. B. eine Industriepreisreform durchgeführt, im Zuge einer vereinfachten Investitionsplanung erhielten die Betriebe mehr Möglichkeiten, Investitionen aus eigenen Mitteln und in eigener Verantwortung durchzuführen, die Quartalsplanung wurde aufgehoben und die Anzahl der zentral verbindlich vorgegebenen Planungs-Kennziffern erheblich reduziert.⁶⁰

Nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, auf dem Chruschtschow die „Entstalinisierung“ der Sowjetunion einleitete und damit auch in den anderen realsozialistischen Staaten Hoffnungen auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen aufkeimen ließ, die in den kommunistischen Staatsparteien dieser Länder zu sehr widersprüchlichen politischen Linien führten, wurden diese Korrekturversuche am planwirtschaftlichen System in der DDR intensiviert. Wirtschafts- und Parteifunktionäre der SED hofften, die bestehenden Probleme vor allem durch – teilweise drastische – organisatorische Veränderungen im wirtschaftlichen Lenkungsapparat beheben zu können. So wurden z. B.

58 Vgl. Buchheim, *Wirtschaftliche Hintergründe*, S. 432/433.

59 Vgl. Hamel, *Ordnungspolitische Gestaltung*, S. 77.

60 Vgl. Roesler, *Herausbildung*, S. 145 ff.

1958 mehrere Hauptverwaltungen und Industrieministerien aufgelöst und ihre Aufgaben teils der Staatlichen Plankommission, teils aber auch den zahlreichen neugegründeten, nach Industriezweigen gegliederten „Verwaltungen Volkseigener Betriebe“ übergeben. In den Bezirken übernahmen neue Wirtschaftsräte die Leitung der einzelnen Betriebe. Wirtschaftliche Entscheidungskompetenzen, seit den Anfängen der Planwirtschaft immer stärker konzentriert, wurden so zumindest teilweise dezentralisiert, vor allem aber stärker auf die Besonderheiten einzelner Industriezweige ausgerichtet.⁶¹

Auch gegenüber der Privatwirtschaft, deren Bedeutung für die Konsumgüterversorgung evident geworden war, wurde eine neue, auf mehr Wirtschaftlichkeit zielende Strategie entwickelt: Seit 1956 konnten private Industriebetriebe die Aufnahme einer staatlichen, finanziellen Beteiligung beantragen, bzw. private Einzelhändler Kommissionsverträge mit dem staatlichen Großhandel abschließen. Sie waren also nicht mehr einer rigorosen Liquidations- und Verdrängungspolitik ausgesetzt, sondern sollten als „halbstaatliche“ Betriebe erhalten und gleichzeitig stärker in die geplante Gesamtwirtschaft eingebunden werden.⁶²

All diese Versuche, die Wirtschaftsabläufe effektiver zu gestalten, bewegten sich jedoch im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems. Angesichts der drängenden Probleme war die SED zwar zu einigen wirtschaftlichen Korrekturversuchen bereit, aber keinesfalls wollte sie ihren Führungsanspruch in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gefährden. Grundsätzlichen, systemverändernden Reformen stand die Parteispitze um Walter Ulbricht gerade angesichts des Aufstandes in Ungarn und der Arbeiterunruhen in Polen im Jahre 1956 ablehnend gegenüber.⁶³ Wirtschaftliche Vordenker, wie z. B. Fritz Behrens und Arne Benary, die Konzepte für eine flexiblere Gestaltung des gesamten planwirtschaftlichen Systems zu entwickeln begonnen hatten, wurden 1956/57 des „Revisionismus“ beschuldigt, mußten Parteiausschlußverfahren über sich ergehen lassen und wurden aus der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit weitgehend verbannt. Unter Anleitung und Kontrolle der Parteiführung wurde jedoch in den Parteigremien selbst, z. B. in der von Erich Apel geleiteten Wirtschaftskommission beim Politbüro, die Suche nach Korrekturmöglichkeiten am bestehenden Wirtschaftssystem fortgesetzt und damit indirekt das Reformexperiment der 60er Jahre vorbereitet.

61 Ebenda

62 Vgl. die Expertise „Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft“ von Buck, Hannsjörg.

63 Thalheim, Karl C., Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftssystems der DDR nach dem II. Weltkrieg, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 17–25, hier: S. 22. Inwiefern die machtpolitischen Kämpfe, zu denen es nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 auch in den Reihen des Politbüros der SED kam und die Ulbricht schließlich für sich entscheiden konnte, von wirtschaftspolitischen Kontroversen bestimmt waren, ist anhand der jetzt zugänglichen Quellen noch genauer zu untersuchen.

II. Die Wirtschaftsreformen der 60er Jahre (1963–1970)⁶⁴

1. Hintergründe des wirtschaftspolitischen Kurswechsels

Das Ziel, das die SED bei der Verabschiedung des Siebenjahrplanes 1959 proklamiert hatte, war außerordentlich hochgesteckt: Als „ökonomische Hauptaufgabe“ für die nächsten Jahre galt die Überflügelung des westdeutschen Lebensstandards, der 1958 bereits um etwa 35% höher gelegen hatte als in der DDR.

Auf Grundlage welcher Konzepte und wirtschaftlichen Prämissen dieser Plan ausgearbeitet worden war, welche Motive die SED dazu veranlaßt hatten, derart hohe Erwartungen in der Bevölkerung zu wecken, muß anhand der jetzt zugänglichen Quellen noch genauer untersucht werden; zweifelsohne gab es einen engen Zusammenhang mit der von Chruschtschow proklamierten „Überholstrategie“ des Sozialismus im Wettkampf der Systeme, aber auch die anhaltend hohe Republikflucht – ein spezifisch innerdeutsches Problem –, die man mit positiven Prognosen über die eigene wirtschaftliche Entwicklung stoppen zu können hoffte, stellte ein wichtiges Motiv dar.⁶⁵

Fest steht, daß sich die Erfüllung der „ökonomischen Hauptaufgabe“ schon 1961, nach kurzen Anfangserfolgen, als völlig utopisch erwies: Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten fielen von 11% im Jahr 1959 auf 6% im Jahr 1960 und 4% im Jahr 1961.⁶⁶ Nicht zuletzt durch die forciert vorangetriebene Kollektivierung in der Landwirtschaft schwoll die Fluchtwelle in die Bundesrepublik Anfang der 60er Jahre wieder stark an und Versorgungslücken

64 In der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der DDR gehörten die wirtschaftlichen Reformen der 60er Jahre zu den Tabuthemen, da sie nicht in das Bild einer kontinuierlichen Wirtschaftspolitik der SED paßten. In der westlichen wirtschaftswissenschaftlichen DDR-Forschung rief sie dagegen lebhaftes Interesse hervor, konnte aber wegen fehlender Quellen nicht eingehend untersucht werden. Jörg Roesler konnte für seine 1990 bzw. 1991 vorgelegten Publikationen (vgl. ders., Die Wirtschaftsreform der DDR in den sechziger Jahren. Einstieg, Entwicklungsprobleme und Abbruch, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 14 (1990), S. 979–1003 [mit Hinweisen zum Forschungsstand] und ders., Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR, Berlin/Freiburg 1991 [mit gesonderten Kapiteln zur Einbeziehung der Landwirtschaft, der industriellen Privatwirtschaft und des Handwerks in das Reformvorhaben]) zwar teilweise Einblick in die staatlichen Akten zu diesem Thema (Volkswirtschaftsrat und Staatliche Plankommission) nehmen, die Unterlagen des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED waren ihm zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht zugänglich. Eine eingehende Untersuchung auf der Basis aller relevanten Quellen fehlt also weiterhin. In Arbeit ist zur Zeit eine auf breite Quellenbasis gestützte Untersuchung von André Steiner zu „Wirtschaftlichen Lenkungs- und Steuerungsverfahren in der DDR. Herausbildung, Entwicklung und Reformfähigkeit, insbesondere im Hinblick auf das NÖS/ÖSS.“

65 Vgl. hierzu Gleitze, Bruno, Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin 1964, außerdem Roesler, Jörg, Wende in der Wirtschaftsstrategie. Krisensituation und Krisenmanagement 1960–62, in: Cerny, Jochen (Hg.), Brüche – Krisen – Wendepunkte: Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 171–183, hier: S. 173 und Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR. 1949–1985, Frankfurt/M. 1985, S. 122–125.

66 Hamel, Ordnungspolitische Gestaltung, S. 77.

rissen erneut auf. Zunehmender Arbeitskräftemangel, der sich in allen Wirtschaftsbereichen negativ bemerkbar machte, und sinkende volkswirtschaftliche Produktivität zwangen dazu, die Ziele des Siebenjahrplanes weitgehend zu revidieren oder ganz aufzugeben.⁶⁷

Auch mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 konnte die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung der DDR nicht beendet werden.⁶⁸ Die Hoffnung, daß nach der rigorosen Abschottung gegen Westen nun eine „störfreie“ Entfaltung der Planwirtschaft möglich sei, erwies sich schon bald als trügerisch. Immer deutlicher zeigte sich, daß nicht allein die Abwanderungsverluste oder andere äußere Einflüsse – wie z. B. die zeitweise Embargopolitik der Bundesrepublik – für die Wachstumsschwäche der DDR-Wirtschaft ausschlaggebend waren, sondern daß das bestehende Planungs- und Lenkungssystem mit seinen immanenten Mängeln den Anforderungen einer auf intensives Wachstum und technischen Fortschritt zielenden Wirtschaftspolitik nicht gerecht werden konnte.

Diese Erkenntnis, die noch Ende der 50er Jahre öffentlich als „revisionistisch“ zurückgewiesen worden waren, setzte sich jetzt auch innerhalb der SED selbst durch. Parteiinterne Auseinandersetzungen über die Art und Weise einer möglichen Wirtschaftsreform, die aufgrund der nicht zugänglichen Quellen bisher kaum untersucht werden konnten, wurden schließlich 1962/63 von Walter Ulbricht zugunsten der Reformkräfte um Erich Apel, die sich für eine komplexe, alle Wirtschaftsbereiche umfassende Reform aussprachen, entschieden.⁶⁹ Besondere Signalwirkung hatte es, als Ulbricht im Oktober 1962, auf der 17. Tagung des ZK der SED, den zunächst in der „Prawda“, dann auch in der DDR-Presse mit großem Aufsehen veröffentlichten Artikel „Plan, Gewinn, Prämie“ des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Liberman wohlwollend kommentierte.⁷⁰ Liberman hatte in seinem Artikel das bestehende planwirtschaftliche System kritisiert und u. a. vorgeschlagen, auch den Gewinn zum Gradmesser wirtschaftlicher Leistungen zu machen.

Während die Ideen Libermans in der Sowjetunion selbst – wider Erwarten – nicht weiterverfolgt wurden, sondern Chruschtschow an seinem Programm organisationsbezogener Teilreformen festhielt, entschloß sich Ulbricht im Herbst 1962 – unter dem Druck der anhaltenden wirtschaftlichen Krise –, in der DDR als erstem sozialistischen Staat auch ohne sowjetische Rückendeckung einen grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel zu wagen, der schließlich

67 Roesler, Wende, S. 175 u. 178

68 Ebenda, S. 179

69 Hinweise auf diese Auseinandersetzung finden sich bei: Roesler, Wende und ders., Lösungswege bei der Inangriffnahme der Wirtschaftsreformen in den 60er Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 3 (1978), S. 109 f.

70 Der Artikel wurde am 26.9.1962 in der „Wirtschaft“ veröffentlicht und führte zu einer fachwissenschaftlichen Diskussion in verschiedenen DDR-Zeitschriften, in deren Verlauf die Unzulänglichkeiten des bestehenden planwirtschaftlichen Systems immer deutlicher kritisiert wurden.

weit über die Vorstellungen Libermans hinaus führte. In eindeutiger, erstmals öffentlich vorgetragener Kritik an den unrealistischen Zielstellungen des Siebenjahrplanes kündigte er im Dezember 1962 eine stärkere Orientierung der Politik auf wirtschaftliche Fragen und Notwendigkeiten an: „Die These vom Vorrang der Politik hat zeitweise auch bei uns dazu geführt, daß die politischen Zielstellungen und bestimmte Wünsche bei der Festlegung der ökonomischen Aufgaben vorherrschten, daß die Pläne nicht immer ausreichend technisch und ökonomisch begründet waren. (. . .) Es wurden bei uns schon Maßnahmen durchgeführt mit Rücksicht darauf, was in Westdeutschland dazu gesagt wird. (. . .) Aber in der Tat haben jetzt die ökonomischen Aufgaben den Vorrang.“⁷¹

2. Vom „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“ zum „Ökonomischen System des Sozialismus“

2.1. Das Reformkonzept

Als Ulbricht schließlich auf dem 6. Parteitag der SED im Januar 1963 eine „qualitativ neue Stufe der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ forderte und damit den wirtschaftspolitischen Kurswechsel offiziell bekanntgab, waren wesentliche Schritte zur konzeptionellen Vorbereitung einer Wirtschaftsreform bereits getan.⁷² Im Rückgriff auf die seit dem Mauerbau verstärkt vorangetriebenen Vorarbeiten verschiedener Arbeitsgruppen und Kommissionen waren im Auftrag des Politbüros schon im Dezember 1962 „Grundsätze eines ökonomischen Systems“⁷³ aufgestellt worden. Auf ihrer Grundlage entstand nach dem Parteitag die „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“⁷⁴ (NÖSPL), die das eigentliche Reformprogramm umriß.

Der Grundgedanke des NÖSPL bestand darin, die administrative, zentralgeleitete Planwirtschaft durch ein „in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel“ zu ersetzen.⁷⁵ Um eine rentabilitätsorientierte, von betrieblichen und individuellen materiellen Interessen mitgetragene Wirtschaftstätigkeit entfalten zu können, sollten die Betriebe nicht mehr administrativ mit detaillierten Planzielen beauftragt werden, sondern durch „ökonomische Hebel“, d. h. indirekte, stärker marktwirtschaftlich orientierte Lenkungsmethoden, denen Rentabilitätskriterien, wie z. B. der erzielte Gewinn eines Betriebes oder die

71 So Ulbricht in einer Rede zur Wirtschaftspolitik der SED vom 14. Dezember 1962 in Leipzig; (zit. nach Roesler, Wende, S. 182).

72 Vgl. Roesler, Wirtschaftsreform, S. 981–983.

73 Vgl. ebenda, S. 982. Ganz bewußt wurde hier von einem *ökonomischen* System gesprochen, um den Gegensatz zu den bisherigen administrativen Leitungs- und Planungsmethoden hervorzuheben.

74 Veröffentlicht wurde die „Richtlinie“ am 11.7.1963 im Gesetzblatt der DDR II/1963, S. 453–498.

75 Thalheim, Entstehung und Entwicklung, S. 22

verursachten Selbstkosten der Produktion, zugrunde lagen, zu planmäßigem Handeln veranlaßt werden. Man hoffte auf diese Weise einen Wirtschaftsmechanismus gestalten zu können, in dem volkswirtschaftliche Gesamtprozesse planwirtschaftlich vorausschauend gesteuert werden, gleichzeitig aber Marktmechanismen und eigenverantwortliches betriebliches Handeln zum Tragen kommen.

Während sich die Staatliche Plankommission in Zukunft auf die Planung und Steuerung lang- und mittelfristiger Strukturveränderungen der Wirtschaft mittels sogenannter „Perspektivpläne“ konzentrieren sollte, plante man, eine Reihe von Entscheidungskompetenzen zur Organisation der konkreten güterwirtschaftlichen Prozesse an nachgeordnete Instanzen – vor allem an die „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ (VVB) – zu delegieren. Entsprechend der Maßgabe, Entscheidungen auf der Ebene verbindlich zu treffen, die über die größte sachliche Kompetenz verfügt, sollten die Produzenten künftig selbst ihr Produktionsprogramm festlegen, die notwendige Materialbilanzierung vornehmen und die zwischenbetrieblicher Kooperation in eigener Verantwortung vertraglich absichern.⁷⁶

Erfolg oder Mißerfolg der weitgehend selbständigen Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Betriebe und VVB sollte dabei an ihrer Rentabilitätsentwicklung gemessen werden. Hierfür wurden eine Reihe von monetären Steuerungsinstrumenten, wie z. B. die für Kapitalbindung erhobene „Produktionsfondsabgabe“, Bestimmungen zur Finanzierung von Investitionen, entsprechende Kredit- und Zinskonditionen, die auf den VVB-Gewinn erhobene „Normativsteuer“ sowie Bestimmungen zur Devisenbewirtschaftung, entwickelt.⁷⁷ Unterstützt durch finanzielle Anreize, wie z. B. Prämien, Leistungslöhne oder Subventionen, sollten so die materiellen Interessen der VVB, der Betriebe und der einzelnen Belegschaftsmitglieder auf die Maximierung des betrieblichen Nettogewinns konzentriert werden.

Als wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der „ökonomischen Hebel“ mußte jedoch ein konsistentes Preissystem geschaffen werden: Spiegelten die Preise nicht die realen, wertmäßigen Produktions- und Absatzbedingungen wider, waren die Betriebsgewinne, auf deren Maximierung die Produzenten orientiert wurden, ökonomisch nicht gerechtfertigt.⁷⁸

Die im Sommer 1963 von einer eigens dazu einberufenen „Wirtschaftskonferenz“ verabschiedete „Richtlinie“ umriß zwar das Reformprogramm in seinen Grundzügen, enthielt jedoch keine inhaltlich und zeitlich genau

76 Vgl. dazu Buck, Hannsjörg F., Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft als Folge nicht behobener Steuerungsdefekte der Wirtschaftsreformkonzeption, in: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, mit Beiträgen von Gleitze, Bruno/Thalheim, Karl C./Buck, Hannsjörg F./Förster, Wolfgang, Berlin 1971, S. 77–108, hier: S. 78.

77 Buck, Umkehr, S. 78

78 Vgl. Roesler, Wirtschaftsreform, S. 988.

fixierte Anleitung zu seiner praktischen Umsetzung. Ganz bewußt war das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung“ als offenes, prozessual weiterzuentwickelndes System konzipiert worden.⁷⁹

1963, vor dem Anlaufen des Reformprogrammes, rechnete man mit einem ungefähren Zeitrahmen von drei bis vier Jahren, die für die schrittweise Einführung des NÖSPL notwendig sein würden. Beginnend mit der Umbewertung der betrieblichen Grundfonds, der Umstellung der VVB auf die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ und den ersten Schritten zu einer Industriepreisreform sollten 1964 zunächst die wichtigsten Grundvoraussetzungen für das Gelingen der Reform geschaffen werden.

2.2. *Der Reformverlauf*

Im Verlauf der Reform ließen sich dann grob zwei Phasen voneinander unterscheiden: Bis Mitte 1967 erfolgte, verbunden mit einer Fülle von einzelnen Gesetzen und Verordnungen,⁸⁰ die Grundlegung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ entsprechend der Reformkonzeption. Seit Mitte 1967, verstärkt im Verlauf des Jahres 1968, kam es dann zu einigen einschneidenden Veränderungen, die teilweise als Fortsetzung, teilweise aber auch als Rücknahme des Reformkurses angesehen werden müssen.⁸¹ Bezeichnenderweise wurde schon seit dem 7. Parteitag der SED im April 1967 nicht mehr vom „Neuen ökonomischen System“, sondern vom „Ökonomischen System des Sozialismus“ gesprochen. Im September 1970, sieben Jahre nach ihrem Anlaufen, wurde die Reform schließlich durch einen Beschluß des Politbüros der SED abgebrochen.⁸²

Während von der westlichen, wirtschaftswissenschaftlichen DDR-Forschung die Ursachen für das Scheitern der Reform vor allem auf die Unzulänglichkeiten des Reformkonzeptes selbst und die Schwierigkeiten bei dem Versuch seiner Umsetzung zurückgeführt wurden,⁸³ weisen Wirtschaftshistoriker der früheren DDR und auch Wirtschaftswissenschaftler, die an der Ausarbeitung

79 Vor einer En-Bloc-Einführung aller vorgesehenen Reformmaßnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt, wie sie – nach vierjähriger Vorbereitungszeit – zum Beispiel 1968 in Ungarn vorgenommen wurde, schreckte man wegen zahlreicher wirtschaftlicher und politischer Risiken zurück. Vgl. dazu Roesler, *Zwischen Plan und Markt*, S. 33/34 und Höhmann, H.-H./Kaser, M./Thalheim, K. C. (Hgg.), *Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen*, Bd. 1: Länderberichte, Freiburg i. Brsg. 1972.

80 Auf die zahlreichen Gesetze und Verordnungen, die im Zuge der Reform erlassen wurden, kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. dazu im einzelnen Roesler, *Zwischen Plan und Markt* sowie Leptin, Gert, *Bilanz der Wirtschaftsreform in der DDR*, in: Höhmann, H.-H./Kaser, M. C./Thalheim K. C. (Hgg.), *Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel*, S. 65–108.

81 Hinweise zu einer diesbezüglichen (westdeutschen) Forschungskontroverse finden sich bei: Leptin, Gerd/Melzer, Manfred, *Die Wirtschaftsreform in der DDR-Industrie. Rezentralisierung ohne Konzept*, in: *Deutschland Archiv* 12 (1975), S. 1266–1283, hier: S. 1267.

82 Vgl. Buck, Umkehr, S. 77.

83 Vgl. exemplarisch dazu: Buck, Umkehr, Leptin, Bilanz und ders./Melzer, *Wirtschaftsreform*.

des Reformkonzeptes maßgeblich mitgewirkt haben, heute darauf hin, daß das Reformprogramm – vor allem wegen seiner politischen und gesellschaftlichen Implikationen – schon kurz nach seinem Anlaufen inhaltlich deformiert und beschnitten wurde und deshalb nicht zum Tragen kommen konnte.⁸⁴ In dieser Frage zu einem abschließenden Urteil zu kommen, muß der weiteren, sämtliche jetzt zugänglichen Quellen auswertenden Forschung vorbehalten bleiben. Im Folgenden kann nur versucht werden, einen knappen Überblick über den Verlauf der Reform zu geben. Dabei soll die Frage im Mittelpunkt stehen, ob, wann und inwiefern im „offenen“ Reformprozeß von den beiden zentralen Bestandteilen, der Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen zur Organisation güterwirtschaftlicher Prozesse einerseits und der Anwendung indirekter, monetärer Lenkungsmethoden andererseits, abgegangen wurde.

Seit 1964 erhielten die VVB, aufgewertet zu „sozialistischen Konzernen“, aber auch einzelne Kombinate und VEB, sukzessive immer mehr Entscheidungskompetenzen für Produktion, Beschaffung und Absatz, die zuvor zentrale Planbehörden und Wirtschaftsverwaltungen wahrgenommen hatten. So reduzierten sich z. B. seit 1966 die zentral von der Staatlichen Plankommission, dem Volkswirtschaftsrat oder den Ministerien vorgegebenen mengen- und wertmäßigen Plankennziffern erheblich. An ihre Stelle traten aggregierte, finanzwirtschaftliche Kennziffern, die z. B. den erwarteten Gewinn, die Kapitalrentabilität oder die zulässige Kreditinanspruchnahme betrafen, sowie eine Reihe von finanziellen Investitions- und Einkommensanreizen.⁸⁵ Gleichzeitig erhielten die VVB, Kombinate und Betriebe das Recht, Materialaufkommen und -verwendung für immer mehr Güter eigenständig zu bilanzieren: Die Zahl der von den VVB und VEB selbst verwalteten Güterbilanzen stieg von 540 (1962) auf über 5500 für den Volkswirtschaftsplan 1967.⁸⁶ Gemäß den Zielen des NÖSPL wurden mit diesen Dezentralisierungs-Maßnahmen wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich das Interesse der Betriebe – also der eigentlichen Produzenten – nicht mehr auf die Aufstellung möglichst „weicher Pläne“ richtete, sondern sie sich auf die Erhöhung des erwirtschafteten Gewinns zu orientieren begannen und sie die Koordinierung von Produktion und Bedarf in eigener Regie vornahmen.

Bereits 1965, im Vorfeld der 11. Tagung des ZK der SED, auf der für die Öffentlichkeit überraschend eine „2. Etappe des Neuen ökonomischen Systems“ angekündigt wurde, diskutierte man – auf Veranlassung des Politbüros – in der Staatlichen Plankommission jedoch auch darüber, wie man

84 So z. B. Steiner, André, Abkehr vom NÖS. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen 1967/68 – Ausgangspunkt der Krisenprozesse 1969/70?, in: Cerny, Brüche, S. 247–253 oder Roesler (in verschiedenen Arbeiten) und Wolf, Herbert, Hatte die DDR je eine Chance? Der ehemalige Wirtschaftscharakter Günter Mittag „enthüllt“ die ökonomischen Probleme der Vergangenheit, Hamburg 1991.

85 Buck, Umkehr, S. 79.

86 Buck, Umkehr, S. 80.

im Rahmen des NÖSPL eine auf die Förderung bestimmter Wachstumsbranchen und neuer Technologien gerichtete Strukturpolitik betreiben könne. Die Vorstellung, eine solche Strukturpolitik – entsprechend der Grundidee des NÖSPL – ebenfalls mit indirekten, monetären Lenkungsmethoden steuern zu können, wurde offenbar im Laufe des Jahres 1967 fallengelassen.⁸⁷ Mit dem Erlaß verschiedener strukturpolitischer Grundsatzregelungen⁸⁸ versuchte man stattdessen seit Frühjahr 1968, in bestimmten, für besonders wichtig erachteten Wirtschaftsbereichen eine – im ursprünglichen Reformkonzept nicht vorgesehene – administrative Schwerpunktbildung durchzusetzen.⁸⁹ Im Juli 1968 verabschiedete der Ministerrat eine strukturpolitische Konzeption mit insgesamt acht großen „Strukturkomplexen“, die z. B. die Chemisierung oder die Automatisierung der Volkswirtschaft zum Gegenstand hatten und insgesamt über 90 „strukturbestimmende Aufgaben“, wie z. B. die Entwicklung neuer Verfahrenstechniken oder die Produktion ganz bestimmter Erzeugnisse, definierten.⁹⁰ Diese „strukturbestimmenden Aufgaben“ wurden den Betrieben als verbindliche Ziele vorgegeben und sollten von ihnen bei der Produktions- und Investitionsplanung mit Priorität berücksichtigt werden.⁹¹

Parallel zur Einführung der „strukturkonkreten Planung“ wurden 1967/68 aber auch die Grundideen des Reformkonzeptes weiter verfolgt und in die Praxis umgesetzt. In der Absicht, die DDR-Wirtschaft stärker mit den Weltmarktbedingungen zu konfrontieren wurde so z. B. im Frühjahr 1968 das staatliche Außenwirtschaftsmonopol gelockert. Die Betriebe waren nun nicht mehr gezwungen, sämtliche Exportgeschäfte indirekt über spezielle Außenhandelsbetriebe zu realisieren, sondern erhielten – bei gleichzeitigem Wegfall des garantierten staatlichen Preisausgleichs zwischen den zum offiziellen Kurs umgerechneten Devisenerlösen und den Inlandspreisen – die Erlaubnis zum Direktexport. Während erfolgreiche Exportgeschäfte demnach für den einzelnen Betrieb positiv zu Buche schlugen, wirkten sich nicht erfolgreiche negativ aus.⁹²

Ein weiteres Beispiel für die Fortsetzung des Reformkurses ist die staatliche Kreditpolitik, die seit 1967 zu einem wichtigen Instrument der indirekten, monetären Steuerung der Volkswirtschaft ausgebaut wurde. Nach dem Erlaß der

87 Steiner, Abkehr, S. 248, der auf Dokumente aus dem Verwaltungsarchiv der Staatlichen Plankommission rekurriert.

88 Zu nennen sind hier der Beschluß „über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus“ vom 22. April 1968 (Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 9, S. 223 ff) und der Beschluß „über die Grundsatzregelung für komplexe Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Wirtschaftsführung für die Jahre 1969 und 1970“ vom 26. Juni 1968 (Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 66, S. 433 ff).

89 Leptin, Bilanz, S. 72

90 Steiner, Abkehr, S. 251.

91 Buck, Umkehr, S. 81

92 Vgl. zur Außenwirtschaft im Reformkonzept des NÖSPL: Lambrecht, Horst, Probleme und Entwicklungstendenzen des mitteleuropäischen Außenhandels, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 4 (1967), S. 415 ff sowie Leptin, Bilanz, 102/103.

„Kreditverordnung“ vom 19. Juni 1968 hatten die Betriebe bei Liquiditätsengpässen nicht mehr wie bisher nahezu automatischen Anspruch auf staatliche Kredite, sondern sie mußten mit den staatlichen Banken, die bereits Ende 1967 selbst auf das „Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ umgestellt worden waren und nicht mehr als reine Verwaltungs- und Kontrollbehörden fungierten, spezielle Kreditverträge aushandeln. Die Banken waren dazu angehalten, Kredite vor allem nach Effektivitäts- und Rentabilitätskriterien zu vergeben und vom gleichzeitigen Einsatz betriebseigener Mittel abhängig zu machen.⁹³

Das betriebliche Gewinnstreben wurde mit dieser veränderten Kreditpolitik ganz massiv gefördert und trug wesentlich zu dem wirtschaftlichen Wachstum der folgenden Jahre bei; es gelang jedoch nicht, die Betriebe – wie erhofft – gleichzeitig auch auf die zentral festgelegten strukturpolitischen Ziele zu orientieren. Der Vorrang verbindlicher und relativ starrer Jahrespläne vor den langfristigen „Perspektivplänen“, jährlich neue Bestimmungen über die Verwendung der betrieblichen Gewinne sowie immer wieder kurzfristig angeordneten Planumstellungen und zahlreiche direkte Eingriffe übergeordneter Stellen machten es den Betrieben fast unmöglich, eigene, langfristige Strategien zu entwickeln, die für die Einführung neuer Fertigungstechnologien und für grundlegende Rationalisierungsmaßnahmen notwendig gewesen wären.⁹⁴ Seit Mitte 1968 wurde zwar versucht, die bereits in der NÖSPL-Richtlinie von 1963 geforderten, langfristig orientierten „Perspektivpläne“ zum tatsächlichen „Hauptsteuerungsinstrument“ der Volkswirtschaft zu machen und „Normative“ für die betriebliche Gewinnverwendung, wie z. B. die „Produktionsfondsabgabe“ und die „Nettogewinnabführung“, für mehrere Jahre gültig zu fixieren, doch konnten auch diese Maßnahmen nicht verhindern, daß sich zwischen den auf eigene Rentabilität bedachten Betrieben, Kombinat und VVB einerseits und den auf die Durchsetzung bestimmter Produktionsschwerpunkte hinwirkenden zentralen Planungsbehörden andererseits scharfe Konflikte entwickelten.⁹⁵ Seit 1969 traten insbesondere in der Produktionsmittelindustrie und bei der Rohstoffversorgung zahlreiche Lieferengpässe auf, die sich in einem volkswirtschaftlich so wichtigen Sektor wie der Energiewirtschaft 1970 zu einer echten Versorgungskrise auswuchsen.⁹⁶

Zurückzuführen waren diese Lieferengpässe vor allem auf die verschärfte Konkurrenz um Investitionsmittel zwischen den Betrieben und den zentralen Wirtschaftsinstanzen, die nicht zuletzt aus den immer noch bestehenden Mängeln des Preissystems resultierte. Die Industriepreise waren zwar nach

93 Vgl. dazu Näheres bei Buck, Umkehr, S. 82–86.

94 Vgl. Buck, Umkehr, S. 88/89.

95 Vgl. Buck, Umkehr, S. 90.

96 Vgl. dazu die Berichte der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED an Walter Ulbricht aus dem Jahr 1970 bei Naumann, Gerhard/Trümpler, Eckhard, Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990.

Abschluß der Preisreform 1967 grundsätzlich dynamisiert worden, paßten sich also mit zeitlicher Verzögerung den Kosten der Produktion an, die Verzerrung der Preisstruktur zwischen Konsum- und Produktionsgütern blieb jedoch auch weiterhin bestehen: Im Verhältnis zu den Arbeitskosten wurden die Kapitalkosten generell eher niedrig bewertet.⁹⁷ Da die Preise nicht die tatsächliche Relation zwischen Angebot und Nachfrage widerspiegeln, fehlte ein volkswirtschaftlich objektives Kriterium für die betriebliche Investitionstätigkeit. Die Folge davon war eine – von der liberalisierten Kreditpolitik noch geförderte – enorm hohe Nachfrage nach Investitionsgütern, die mit einem starken Importsog einherging, zumal es auch zu Lockerungen in der zentralstaatlichen Lenkung des Außenhandels gekommen war.

Trotz der aufgetretenen Wachstums- und Versorgungsschwierigkeiten wurde bei der Aufstellung des Jahresplanes für 1970 der Anteil der geplanten strukturpolitischen Großprojekte am gesamten Investitionsvolumen, der sich z. B. im Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau von 26% im Jahr 1968 (geplant) auf 62% im Jahr 1969 (geplant) erhöht hatte, weiter nach oben geschoben. Die Durchsetzung der administrativen Strukturpolitik wurde damit zum Konzentrationspunkt aller Ressourcen gemacht, während die Betriebe für eigenständig geplante Vorhaben zwar über ausreichend finanzielle Mittel verfügten, ihnen jedoch die notwendigen Produktionsgüter, Rohstoffe und Zwischenprodukte zu ihrer Umsetzung zunehmend fehlten. Das hatte zur Folge, daß der Volkswirtschaftsplan für 1970 materiell nicht zu bilanzieren war.⁹⁸ Im Laufe des Jahres 1970 brachen die Widersprüche des „zweigeteilten Planungs- und Lenkungsmechanismus“⁹⁹, der den Betrieben wachsende wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit zugestand, gleichzeitig aber zur Durchsetzung einer administrativen Schwerpunktbildung dienen sollte, immer mehr auf. Die Reaktion auf die zunehmenden Disproportionen in der Wirtschaftsstruktur bestand jedoch nicht – wie vor allem die Verfechter eines konsequenten Reformkurses hofften – in der sofortigen Rücknahme der überzogenen strukturpolitischen Ziele,¹⁰⁰ sondern „entgegen allen Erfahrungen mit Effektivitätsverlusten durch Fehlplanungen und Gängelei zentraler Wirtschaftsbehörden“ wurden den Betrieben und VVB im Herbst 1970 die ihnen seit Beginn der Reformen schrittweise „zugebilligten erweiterten Planungs- und Entscheidungskompetenzen über Produktion und Investitionen weitgehend wieder genommen.“¹⁰¹

Diese neue wirtschaftspolitische Kehrtwende, die mitten in den noch laufenden Vorbereitungen für weitere langfristig angelegte Reformvorhaben, z. B.

97 Vgl. dazu Näheres bei Leptin, Bilanz, S. 91–93.

98 Vgl. dazu Steiner, Abkehr, S. 252 (mit weiteren, branchenspezifischen Angaben).

99 Diesen treffenden Begriff verwendet Jörg Roesler in: Wirtschaftsreform, S. 996.

100 Vgl. dazu z. B. Wolf, Chance, S. 40.

101 Buck, Umkehr, S. 90

im Preissystem, erfolgte, wurde vom Politbüro der SED am 8. September 1970 eingeleitet und formal mit dem Beschluß des Ministerrates „über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahr 1971“ vom 1. Dezember 1970 vollzogen.¹⁰² Wie schon die Einführung der Reform war auch ihr Abbruch mit – noch genauer zu erforschenden – heftigen politischen Richtungskämpfen innerhalb der SED verbunden: Als Protagonisten standen sich hier Walter Ulbricht, der für eine Fortsetzung des relativ eigenständigen wirtschaftlichen Reformkurses der DDR votierte, und Erich Honecker, der die DDR wieder eng an die Sowjetunion binden wollte, gegenüber.¹⁰³ Nachdem Honecker mit sowjetischer Hilfe im Mai 1971 den Sturz Ulbrichts herbeigeführt hatte, beendete die DDR unter seiner Führung – ähnlich wie die CSSR nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968, ähnlich wie Polen nach dem Sturz Gomulkas 1970 – das 1963 eingeführte, auf mehr wirtschaftliche Rationalität zielende Reformexperiment des „Neuen Ökonomischen Systems“ schließlich ganz und kehrte zur zentral-administrativen Planwirtschaft zurück.

Mit Hilfe des Reformprogrammes war es zwar gelungen, die Anfang der 60er Jahre immer deutlicher werdende Wachstumsschwäche der DDR-Wirtschaft zu überwinden und eine breite Investitionstätigkeit in Gang zu setzen, von der die wirtschaftliche Entwicklung bis weit in die 70er Jahre hinein profitieren konnte. Ein tatsächlich „in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel“ zur indirekten monetären Steuerung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses konnte jedoch bis 1970 nicht geschaffen werden. Schwächen des Reformkonzeptes selbst, wirtschaftliche Fehlentwicklungen infolge der administrativen Strukturpolitik, aber auch machtpolitische Gründe sprachen Ende 1970 gegen eine Fortsetzung des Reformkurses.

III. *Die Rückkehr zur zentral-administrativen Planwirtschaft (1971–1989)*

1. *Rezentralisierung ohne Konzept*

Als Honecker im Juni 1971 auf dem 8. Parteitag der SED die zukünftige „ökonomische Hauptaufgabe“ als „weitere Erhöhung des materiellen und

¹⁰² Vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil II, S. 125 ff.

¹⁰³ Vgl. dazu Naumann/Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker sowie Przybylski, Peter, Tatort Politbüro, Bd. 1: Die Akte Honecker, Berlin 1991 und ders., Tatort Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992. Zur umstrittenen Rolle Günter Mittags im Reformkontext vgl.: Mittag, Günter, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin/Weimar 1991, Wolf, Chance, und Janson, Carl-Heinz, Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf/Wien/New York 1991.

Von nicht unerheblicher Bedeutung für die (wirtschafts-) politischen Richtungskämpfe innerhalb der SED war die „neue Ostpolitik“ der bundesdeutschen Regierung Brandt/Scheel seit 1969, denn sie erforderte nicht nur eine scharfe ideologische „Abgrenzung“ der DDR gegenüber der Bundesrepublik, sondern auch die Negierung jeglicher Konvergenz- oder Transformationsmöglichkeit des planwirtschaftlichen Systems.

kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“ definierte,¹⁰⁴ gab er damit die neue wirtschaftspolitische Maxime der SED aus, die bis zum Ende der DDR Bestand haben sollte und später als „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ immer wieder beschworen wurde.

Von einem Abbruch des Reformprogrammes wurde auf diesem Parteitag nicht gesprochen, sondern ganz im Gegenteil die Notwendigkeit der „weiteren Gestaltung“ des ÖSS betont; faktisch besiegelte er jedoch das Ende des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ und ebnete den Weg für die weitere Rezentralisierung der Wirtschaftslenkung.

Für die einzelnen Betriebe bedeutete diese Rezentralisierung einen deutlichen Verlust an Entscheidungskompetenzen.¹⁰⁵ Hatten sie ihr Produktionsprogramm im Zuge der Reform weitgehend eigenständig gestalten können, so erhielten sie jetzt wieder zentral festgelegte Leistungsanforderungen in Form von Wert- und Mengenkennziffern. Der betriebliche Gewinn blieb zwar als Zielgröße erhalten, wurde jedoch ebenfalls als Plankennziffer „Nettogewinn“ in absoluter Höhe vorgegeben. Auch die Entscheidungsbefugnisse über eigenständige Investitionstätigkeiten wurden den Betrieben weitgehend wieder entzogen. Detaillierte Vorschriften zur Gewinnverwendung, zum Einsatz von Finanzreserven und zur Kreditaufnahme, die die Erfüllung der güterwirtschaftlichen Planaufgaben erneut zur Bedingung machten, schränkten die Betriebe nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in finanzieller Hinsicht weiter ein. Kreditzusagen wurden nicht mehr in erster Linie von betrieblichen Rentabilitätkriterien abhängig gemacht, sondern entsprechend den neuen „Grundsätzen der Kreditgewährung“ an zentral berechnete, volkswirtschaftliche Kennziffern gebunden. Zugleich wurde auch die Zweckbindung für Kredite, insbesondere für Investitionskredite, verschärft. Revidiert wurde mit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsels vom 8. Parteitag auch das Planungssystem: So galt z. B. der „Perspektivplan“ jetzt nicht mehr als Hauptsteuerungsinstrument, sondern sollte nur noch programmatischen Charakter haben.¹⁰⁶

In direktem Zusammenhang mit der Rezentralisierung des gesamten Planungs- und Lenkungssystems stand die Liquidierung der restlichen Privatwirtschaft im Jahre 1972.¹⁰⁷ Welche tatsächlichen Motive für die politische Entscheidung zur Beseitigung der seit 1956 entstandenen halbstaatlichen und der noch

104 Protokoll der Verhandlungen des 8. Parteitages der SED, zit. nach Thalheim, Entstehung und Entwicklung, S. 23.

105 Vgl. dazu ausführlicher: Buck, Umkehr, S. 95–97 sowie Leptin, Bilanz S. 75–105 und Leptin/Melzer, Wirtschaftsreform, S. 1269–1280.

106 Hamel, Ordnungspolitische Gestaltung, S. 102

107 Vgl. dazu die Expertise „Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft“ von Buck, Hannsjörg.

existierenden privaten Betriebe, die sich während der Reformen gemeinsam durch eine besonders hohe Produktivitätssteigerung ausgezeichnet hatten, letztlich ausschlaggebend waren, konnte bisher noch nicht eindeutig offen gelegt werden.¹⁰⁸ Bereits am kampagneartigen Charakter der Verstaatlichungsaktion, der zwischen Februar und August 1972 etwa 11.000 private und halbstaatliche Betriebe – völlig ungeachtete ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft – zum Opfer fielen, wird jedoch deutlich, daß dabei nicht ökonomische, sondern eher ideologische Erwägungen den Ausschlag gaben. Hatte man seitens der SED-Führung gegen private Unternehmer und Komplementäre halbstaatlicher Betriebe schon in den Jahren 1969 und 1970 immer häufiger Anschuldigungen wegen angeblich „überhöhter“ Einkommen und beibehaltener „Ausbeutermentalität“ erhoben, so wurde die fast komplette Beseitigung der Privatwirtschaft 1972 offiziell mit der Notwendigkeit zur „Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ begründet. Nach Abschluß der Verstaatlichungsaktion gab es nur noch in wenigen Randbereichen, z. B. im Handwerk und im Kleingewerbe, einige private Betriebe; ihr Anteil an der Nettoproduktion, der 1973 nur noch knapp 4% betrug, sank in den folgenden Jahren bis zur Bedeutungslosigkeit weiter ab.¹⁰⁹

Weder die Rezentralisierung des Leitungs- und Planungssystems noch die rigorose Durchsetzung einheitlich „sozialistischer Produktionsverhältnisse“ ließen in den ersten Jahren nach dem Abbruch des Reformprojektes ein klares, neues wirtschaftspolitisches Konzept erkennen.

Die von Honecker auf dem 8. Parteitag definierte „ökonomische Hauptaufgabe“ gab zwar mit der Hebung des Lebensstandards und der Intensivierung der Produktion zwei eindeutige Ziele vor, beschrieb jedoch keinen genauen Weg, auf dem sie zu erreichen sein sollten. Auch mit der später geprägten Formel der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die als wirtschaftspolitische Maxime an die Stelle der Ulbricht'schen „Überholstrategie“ trat, wurde eher eine wechselseitige Abhängigkeit als ein Konzept umrissen: Interpretierte man diese Formel zunächst vor allem dahingehend, daß eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung auch zu höheren Leistungen motivieren werde, wurde in späteren Jahren zunehmend hervorgehoben, daß – umgekehrt – höhere Leistungen unabdingbare Vorraussetzungen für eine Steigerung des Lebensstandards seien.¹¹⁰

Im neuen Fünfjahrplan für 1971–1975 standen programmatisch Maßnahmen zur technologischen Entwicklung, zur Modernisierung der Produktionsanlagen und zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität ganz im Zentrum. Um die

108 Wichtige Dokumente zu dieser Frage finden sich bei: Kaiser, Monika, 1972 – Knock out für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe, Berlin 1990.

109 Hamel, Ordnungspolitische Gestaltung, S. 103

110 Thalheim, Entstehung und Entwicklung, S. 23

bestehende Wachstumskrise zu überwinden, mußte es jedoch zunächst vorrangig darum gehen, die infolge der verfehlten Strukturpolitik entstandenen volkswirtschaftlichen Disproportionen zu beseitigen: In den Bereichen, die seit 1967 als „Wachstumszweige“ besonders gefördert worden waren, z. B. in der chemischen Industrie oder der Elektrotechnik, sollten in den folgenden Jahren erheblich weniger Investitionen getätigt werden als in den entstandenen Engpaßbereichen, wie z. B. der Energie- und Brennstoffindustrie. Der Anteil der Chemischen Industrie an den Investitionen in der Industrie der DDR sank z. B. von 21,6% (1970) auf 16,5% (1975), der Anteil der Elektrotechnik/Elektronik zur gleichen Zeit von 9,9% auf 5,6%, während der Anteil der Energie- und Brennstoffindustrie von 19,3% auf 24,3% anstieg.¹¹¹ Einen weiteren neuen Strukturschwerpunkt bildete der Wohnungsbau. Mit einem ehrgeizigen Wohnungsbauprogramm, das zum Kern der neuen Sozialpolitik avancierte,¹¹² sollten nicht nur die Lebensverhältnisse der Bevölkerung erheblich verbessert, sondern auch die Mobilität der Arbeitskräfte erhöht werden.¹¹³

Obwohl die reale wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn der 70er Jahre von den massiven Neuinvestitionen der Reformjahre noch profitieren konnte¹¹⁴ – so stieg z. B. im Durchschnitt der Jahre 1969/73 die Nettoproduktivität, die 1961/65 17,9% und 1965/69 22,2% betragen hatte, auf 23,5% –, zeigten sich mit der Rückkehr zur administrativen Planwirtschaft bald auch wieder ihre systemimmanenten Mängel in aller Deutlichkeit. Durch die erneute Vorgabe zentral festgelegter Wert- und Mengenkennziffern kehrte z. B. das Problem der „weichen Pläne“, das man mit dem Übergang zur indirekten, monetären Lenkung mit einigem Erfolg behoben hatte, zurück. Die persönlichen und betrieblichen materiellen Interessen wurden so erneut fehlgeleitet und konnten nicht leistungssteigernd eingesetzt werden.¹¹⁵ Auch die während der Reform zum Prinzip erhobene „Eigenerwirtschaftung der Investitionsmittel“, die erfolgreich zur Kapitalbildung beigetragen hatte, wurde nun durch die Beschneidung entsprechender betrieblicher Kompetenzen wieder zunichte gemacht.¹¹⁶

Daß bei der Rückkehr zur zentral-administrativen Planwirtschaft, die sich ohne ein erkennbares neues wirtschaftspolitisches Konzept vollzog, diese Mängel erneut in Kauf genommen werden mußten, macht den grundsätzlichen Widerspruch zwischen einer ökonomisch rationalen und der wieder mit oberster

111 Schwärzel, Renate, Zum ökonomischen Vorfeld der Herbstereignisse 1989 in der DDR – Zur Wirtschaftlichen Entwicklung der 70er und 80er Jahre, in: deutsche studien 112 (1990), S. 386–394, hier: S. 389

112 Vgl. dazu den Vortrag „Die Sozialpolitik der DDR am Beispiel des Wohnungsbaus“ von Buck, Hannsjörg, in: Protokoll Nr. 27 („Die DDR-Volkswirtschaft als Instrument der SED-Diktatur“), S. 155–176.

113 Letin/Melzer, Wirtschaftsreform, S. 1271

114 Leptin, Bilanz, S. 74/75

115 Buck, Umkehr, S. 107

116 Ebenda, S. 108

Priorität ideologisch-politischen Grundsätzen folgenden Wirtschaftspolitik der SED nach der Machtübernahme Honeckers deutlich. In den folgenden Jahren wurde er jedoch nicht gelöst, sondern ganz im Gegenteil – vor allem durch außenwirtschaftliche Einflüsse – weiter verschärft.

2. *Die Planwirtschaft unter außenwirtschaftlichem Anpassungsdruck*

Beginnend mit der ersten „Ölkrise“ von 1973, die eine Teuerungswelle für industrielle Rohstoffe auf dem Weltmarkt verursachte, waren es in erster Linie außenwirtschaftliche Faktoren, die seit Mitte der 70er Jahre erneut Veränderungen im Wirtschaftssystem der DDR erzwangen.¹¹⁷

Der von Rohstoffimporten abhängigen DDR blieb angesichts der steigenden Rohstoffpreise keine andere Möglichkeit, als sich zusätzlich zu der bereits bestehenden Westverschuldung, die für den Import von Fortschrittstechnologien zu Beginn der 70er Jahre bewußt in Kauf genommen worden war,¹¹⁸ jetzt auch gegenüber der Sowjetunion zu verschulden.¹¹⁹ Denn der Sowjetunion, die innerhalb des RGW der Hauptlieferant von Roh- und Brennstoffen war, gelang es Anfang 1975, im RGW eine Korrektur des Festpreissystems durchzusetzen. Die bisher mittelfristig konstanten Preise, die nur alle fünf Jahre – parallel zum Fünfjahrplanrhythmus – an die Weltmarktpreise angeglichen worden waren, wurden Anfang 1975 dynamisiert und gaben so den drastischen Preisauftrieb für Rohstoffe am Weltmarkt früher als vorausgesehen an die anderen RGW-Staaten weiter.¹²⁰ Dadurch stieg auch für die DDR, die vor allem im Energiebereich auf die Lieferungen der Sowjetunion angewiesen war, der außenwirtschaftliche Druck auf die eigene Leistungsfähigkeit: Um wachsende Handels- und Zahlungsbilanzdefizite zu begrenzen, mußte sie versuchen, ihre Rohstoffimporte aus der Sowjetunion genau wie ihre Technologieimporte aus dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ zu drosseln und gleichzeitig die für die zweite Hälfte der 70er Jahre proklamierte „Exportoffensive“ von Industriewaren zu forcieren. Da jedoch der erhoffte Modernisierungs-

117 Vgl. dazu auch die Expertise „Die Integration der DDR-Wirtschaft in den RGW“ von Schüller, Alfred sowie Haendcke-Hoppe, Maria, Erfolge und Mißerfolge in der Außenwirtschaft, in: Die Wirtschaftspolitik der Ära Honecker – ökonomische und soziale Auswirkungen, Teil 1, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1989, S. 51–67 (= FS-Analysen 1–1989) und dies., Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR und der innerdeutsche Handel, in: Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hgg.), Deutschland-Handbuch, Bonn 1989, S. 639–652.

118 Näheres zu dieser Außenwirtschaftsstrategie bei Haendcke-Hoppe, Erfolge und Mißerfolge, S. 52/53.

119 Hamel, Ordnungspolitische Gestaltung, S. 106 gibt die Westverschuldung für das Jahr 1975 mit 7,4 Mrd. Dollar an. Vgl. auch: Schüller, Alfred, Zunehmende Internationalisierung der Wirtschaftsprozesse: Die DDR unter Anpassungsdruck, in: Die Wirtschaftspolitik der Ära Honecker – ökonomische und soziale Auswirkungen, Teil 1, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1989, (= FS-Analysen 1–1989), S. 11–33.

120 Cornelsen, Doris, Die Wirtschaft in der Honecker-Ära, in: Gläeßner, G. (Hg.), Die DDR in der Ära Honecker, Opladen 1988, S. 357–370, hier: S. 358

und Produktivitätsschub durch die kreditfinanzierten Westimporte weitgehend ausgeblieben war und die Preissteigerungen für Industriewaren auch in den folgenden Jahren hinter denen für Rohstoffe zurückblieben, sank die Exportrentabilität der DDR weiter ab. Gleichzeitig verringerte sich das im Inland zur Verfügung stehende Güterangebot, so daß nicht nur die versprochene Erhöhung des Lebensstandards, sondern auch die Grundvoraussetzungen für weiteres wirtschaftliches Wachstum in Gefahr gerieten. Eine praktische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, deren erklärtes Hauptziel nach wie vor in der Intensivierung der Produktion lag, wurde immer dringender.¹²¹

Doch kam diese Neuorientierung – verglichen mit der sich dramatisch verschlechternden außenwirtschaftlichen Lage – nur sehr langsam in Gang. Zwar hatte das Sekretariat des ZK der SED bereits im Oktober 1975 ein erstes Zehnpunkteprogramm zur rationelleren Nutzung aller Ressourcen und zur Forcierung des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ aufgestellt,¹²² doch erst Ende der 70er Jahre, als sich mit der zweiten Ölkrise von 1979/80 die außenwirtschaftliche Lage der DDR nochmals erheblich verschlechterte, wurden die konkreten Anstrengungen zur Durchsetzung dieser Ziele verstärkt vorangetrieben.¹²³

Zunächst konzentrierte man sich ganz darauf, immer neue individuelle und betriebliche Leistungsanreize zu schaffen. Schon 1972 – als sich im Zuge der Rezentralisierung und Rücknahme indirekter monetärer Lenkungsmechanismen das Problem der „weichen Pläne“ wieder in aller Deutlichkeit gezeigt hatte, waren so z. B. betriebliche „Leistungsfonds“ eingeführt worden, die Teile des erwirtschafteten Nettogewinns für verbesserte Arbeitsbedingungen, Kinderbetreuung, Feriengestaltung oder das betriebliche Wohnungswesen zur Verfügung stellten. Als weiteres Mittel zur Leistungsmotivation wurde 1973 die Aufstellung von „Gegenplänen“ verbindlich vorgeschrieben, mit denen über den ursprünglichen Planansatz hinausgehende betriebliche Leistungsreserven aufgedeckt werden sollten. Und 1977 kam es schließlich auch im Lohnsystem selbst zu einigen Veränderungen: der Anteil des normengebundenen „Mehrleistungslohns“ am Tariflohn wurde z. B. von 50 auf 80% angehoben.¹²⁴ Doch gelang es durch diese „neuen“ Anreize, mit denen zum Teil wieder auf das Instrumentarium der späten 50er Jahre zurückgegriffen wurde, weder, daß Problem „weicher Pläne“ grundsätzlich zu beseitigen, noch gar die Intensivierung der Produktion voranzutreiben.

121 Cornelsen, Wirtschaft, S. 359

122 Cornelsen, Wirtschaft, S. 360

123 Vgl. hierzu ausführlich: Gegenwärtige Reformansätze im Wirtschaftssystem der DDR – Renaissance des „Neuen ökonomischen Systems?“, mit Beiträgen von Thalheim, Karl C., Erdmann, Kurt, Haendcke-Hoppe, Maria, Homann, Wilhelm und Krakat, Klaus, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1984, (= FS-Analysen 1–1984).

124 Vgl. Hamel, Ordnungspolitische Gestaltung, S. 103/104, 106/107.

Ein zweiter Bereich, in dem die DDR seit Mitte der 70er Jahre erhebliche Anstrengungen unternahm, sich an die gewachsenen Anforderungen des Weltmarktes anzupassen, war notwendigerweise das Preissystem. Durch die 1971 eingeleitete Rückkehr zum Festpreissystem waren die Preise für Güter und Dienstleistungen ihrer Informations- und Lenkungswirkung, die sie während des NÖSPL zumindest teilweise erlangt hatten, weitgehend wieder enthoben worden. Von den effektiven Preisen wichen diese konstanten Preise angesichts des sich dramatisch verändernden Preisgefüges auf dem Weltmarkt jedoch immer stärker ab. Die DDR reagierte auf die steigenden Roh- und Energiestoffpreise zunächst mit entsprechenden, partiellen Industriepreiserhöhungen, bevor sie durch eine ganze Reihe weiterer Veränderungen bei den Vorschriften zur Preisbildung versuchte, sich grundsätzlich besser an die Weltmarktbedingungen anzupassen. Von Bedeutung war z. B. die Umstellung der Kalkulationsrichtlinien für neue, weiterentwickelte Produkte auf das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ von 1976.¹²⁵ Da Kostensteigerungen von den Betrieben nicht an ihre Abnehmer weitergegeben werden durften, Einsparung von Material und Rationalisierung der Produktion aber auch nur begrenzt möglich waren, mußten – angesichts des anhaltenden weltwirtschaftlichen Preisaufriffs – immer mehr Betriebe aus dem Staatshaushalte subventioniert werden. Trotzdem waren in den folgenden Jahren sukzessiv ansteigende „Preiswellen“ nicht aufzuhalten: Für Investitionsgüter z. B. stiegen die Preise von 1975 bis 1980 um ca. 8%, von 1980 bis 1985 um weitere 20%.¹²⁶ Sie machten schließlich auch vor den Verbraucherpreisen, deren konstant niedriges Niveau das erklärte politische Ziel der Wirtschaftspolitik Honeckers war, nicht halt. Um den Anstieg der staatlichen Subventionsaufwendungen zu begrenzen, beschloß das ZK der SED Ende 1979 – offensichtlich erst nach langen internen Diskussionen – künftig nur noch den „Grundbedarf“ im Preis konstant zu halten, für den „höherwertigen Bedarf“ jedoch kostendeckende Preise einzuführen.¹²⁷ Weder durch die partielle Anhebung der Preise noch durch die veränderten Preisbildungsmethoden gelang es jedoch, tatsächlich ein konsistentes, mit dem Weltmarkt korrespondierendes Preissystem zu schaffen.

Auch auf dem Gebiet der Strukturpolitik kam es infolge der Preisexplosion für Rohstoffe am Weltmarkt zu gravierenden Veränderungen. Zum einen wurde die heimische Braunkohle, deren carbochemische Nutzung bereits als überholt gegolten hatte, spätestens mit der zweiten Ölkrise 1979/80 als chemischer Rohstoff und Energieträger wiederentdeckt und – ohne Rücksicht auf die

125 Cornelsen, *Wirtschaft*, S. 362

126 Ebenda, S. 363

127 Ebenda

drastischen ökologischen Folgeschäden – in ständig wachsendem Ausmaß ausgebeutet.¹²⁸ Auf diese Weise konnte die Einfuhr von Rohöl, die sich zwischen 1969 und 1979 von 9 auf 21 Mill. t mehr als verdoppelt hatte, in den 80er Jahren auf durchschnittlich 23. Mill. t konstant gehalten und zu einem wachsenden Anteil für den devisenträchtigen Reexport veredelter Mineralölprodukte in das „Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“ genutzt werden.¹²⁹

Zum anderen sollten jedoch gleichzeitig auch moderne Technologien wieder gezielt gefördert werden: Vor allem weil sich im Zuge der forcierten „Exportoffensive“ deutlich gezeigt hatte, daß die traditionellen Investitions- und Verbrauchsgüter der DDR international nicht wettbewerbsfähig waren, verließ die SED den 1971 eingeschlagenen Weg „planmäßig proportionaler Entwicklung“ der Volkswirtschaft wieder und setzte im Juni 1977 mit dem Beschluß des ZK zur Entwicklung der Mikroelektronik einen neuen strukturpolitischen Schwerpunkt.¹³⁰

Durch die Wiedereinführung von technisch bereits überholten, auf den heimischen Braunkohlevorkommen basierenden Verfahren zur Energie- und Rohstoffgewinnung einerseits und den Aufbau von eigenen, von der internationalen Entwicklung weitgehend abgeschotteten Spitzentechnologien andererseits, also zwei extrem gegensätzlichen strukturpolitischen Zielen, versuchte die DDR, dem außenwirtschaftlichen Anpassungsdruck auszuweichen. Sie wollte so ihre „Unabhängigkeit gegenüber dem Westen“ sichern, gleichzeitig aber auch innerhalb des RGW eine technologische Führungsrolle – insbesondere im Bereich der Mikroelektronik – erringen.¹³¹

Langfristig schottete sie sich dadurch jedoch nicht nur vom internationalen Wettbewerb, sondern auch von den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung ab: Sowohl Energie als auch mikroelektronische Produkte standen auf den westlichen, freien Märkten bald erheblich günstiger zur Verfügung, als sie in der DDR produziert werden konnten.¹³²

Eine weitere, gravierende Veränderung im Wirtschaftssystem der DDR, die ihren Ursprung in den wachsenden außenwirtschaftlichen Anforderungen hatte, brachte die Ende der 70er Jahre – ausgehend von der Sowjetunion – neu belebte Diskussion über die „weitere Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus“ mit sich.¹³³

128 Schüller, Zunehmende Internationalisierung, S. 20. Vgl. hierzu auch die Expertisen „Umweltpolitik und Umweltzerstörung“ von Jordan, Carlo und Hübler, Karl-Hermann.

129 Cornelsen, Wirtschaft, S. 365

130 Ebenda, S. 360

131 Schüller, Zunehmende Internationalisierung, S. 24

132 Vgl. dazu auch: Hertle, Hans-Hermann, „Es wäre besser gewesen, wie wären früher pleite gegangen!“ Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 2 (1992), S. 132–145.

133 Hamel, Ordnungspolitische Gestaltung, S. 107. Vgl. hierzu auch: dies., Reformen des Wirtschaftsmechanismus, in: Gutmann, G. (Hg.), Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Stuttgart/New York 1983, (= Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 30), S. 27–50.

Ein erster und wichtiger Schritt zu einer solchen „Vervollkommnung“ bestand in der DDR darin, 1978 die Vereinigungen Volkseigener Betriebe aufzulösen, also vom dreistufigen zum zweistufigen Leitungssystem überzugehen, und immer mehr Betriebe in der Industrie, der Bauwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft zu Kombinatzen zusammenzufassen.¹³⁴ Auch in der Landwirtschaft wurden zum Zwecke einer „industriemäßigen Agrarproduktion“ immer größere, auf Pflanzen- oder Tierproduktion spezialisierte Betriebseinheiten gebildet.¹³⁵

Ziel dieser umfassenden Reorganisation war es, Betriebe mit gleichem oder ähnlichem Produktionsprogramm nach Wirtschaftsbereichen horizontal zu monopolartigen wirtschaftlichen Großeinheiten zusammenzuschließen und gleichzeitig verschiedene vertikale Stufen der Produktion – von der Forschung bis zum Absatz – unter eine einheitliche Leitung zu stellen.¹³⁶ Um Forschungsergebnisse früher in die Produktion überführen zu können, wurden Forschungs- und Entwicklungszentren, die früher vorwiegend außerhalb der Produktion gearbeitet hatten, jetzt in die Kombinate einbezogen. Auch Zulieferbetriebe wurden eingegliedert, da man so die ständigen Zulieferengpässe zu beseitigen hoffte. Von besonderer Bedeutung war jedoch die Erweiterung der Außenhandelsbefugnisse der Kombinate: Nicht zuletzt infolge der katastrophalen außenwirtschaftlichen Ergebnisse am Ende der Fünfjahrplanperiode von 1976 bis 1980 – die Handelsbilanz wies zu dieser Zeit einen kumulierten Passivsaldo von ca. 29 Mrd. Valutamark auf – sollte im Zuge der Kombinarsreform versucht werden, einen „einheitlichen Organismus“ von Produktion und Außenhandel zu schaffen. Seit 1981 wurden deshalb staatliche Außenhandelsbetriebe teilweise direkt den Kombinarsleitungen unterstellt, blieben allerdings gleichzeitig auch dem Außenhandelsministerium gegenüber weisungsgebunden (Prinzip der „doppelten Unterstellung“).¹³⁷

Auf diese Weise wollte man den Kombinatzen die volkswirtschaftliche Verantwortung für alle wichtigen Phasen des „Reproduktionsprozesses“ in ihrem jeweiligen Wirtschaftsbereich übertragen und sie so als zentral steuerbare Instrumente für eine effektive Produktion und flexible Bedarfsanpassung nutzen.¹³⁸ Die Generaldirektoren der Kombinate wurden entsprechend mit

134 Zur Bildung von Kombinatzen in den verschiedenen historischen Phasen der DDR und ihrer Organisationsstruktur vgl. Roesler, Jörg, Kombinate in der Geschichte der DDR. Von den ersten VVB bis zur durchgängigen Kombinarsbildung, in: Jahrbuch für Geschichte 31 (1984), S. 221–271. Eine kritische Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung von Kombinatzen fehlt in diesem Aufsatz allerdings.

135 Thalheim, Karl C., Ordnungspolitische Aspekte der heutigen Wirtschaftspolitik der DDR, in: Deutschland Archiv 5 (1984), S. 509–527, hier: S. 513. Vgl. auch die Expertise „Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR“ von Weber, Adolf.

136 Vgl. Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Kusch, Günter/Montag, Rolf/Specht, Günter/Wetzker, Konrad, Berlin 1991, hier: S. 92–99.

137 Haendcke-Hoppe, Erfolge und Mißerfolge, S. 54

138 Thalheim, Ordnungspolitische Aspekte, S. 515

umfassenden Entscheidungskompetenzen innerhalb des Kombinales ausgestattet, gleichzeitig jedoch eng an die zentralen, detaillierten Planaufgaben der jährlichen Volkswirtschaftspläne – die jetzt nach Kombinat aufgeschlüsselt waren – gebunden.¹³⁹ Zusätzlich zu den ohnehin in jedem Betrieb tätigen Betriebsparteileitungen der SED wurde in den Kombinat jetzt ein „Parteiorganisator des ZK der SED“ eingesetzt, der als Parteisekretär des Kombinales, gleichzeitig aber auch als direkter Beauftragter des ZK bzw. des Wirtschaftssekretärs Günter Mittag fungierte und mit allen Vollmachten zur Kontrolle des Generaldirektors ausgestattet war.¹⁴⁰

Doch auch mit der durchgängigen Kombinatbildung, die schon 1980 abgeschlossen war, stellten sich die erhofften Erfolge des einheitlich-zentralistisch „vervollkommneten“ Wirtschaftsmechanismus nicht ein: Die faktische Monopolfunktion der Kombinate wirkte sich in den folgenden Jahren eher leistungshemmend als leistungssteigernd auf die Produktion aus.

3. *Der Weg in den Staatsbankrott*

Angesichts der wachsenden außenwirtschaftlichen Probleme, die zum Ende der 70er Jahre zu einer Nettoverschuldung von über 10. Mrd. \$ im Westhandel geführt hatten,¹⁴¹ waren die „10 Grundsätze für die ökonomische Strategie der 80er Jahre“, die Honecker auf dem 10. Parteitag der SED 1981 vorstellte, enttäuschend.¹⁴² Denn sie wiederholten im wesentlichen lediglich die schon 1971 formulierten Ziele der Wirtschaftspolitik – vor allem die „intensiv erweiterte Reproduktion“ –, ohne tatsächlich eine konkrete, neue Strategie vorzustellen.¹⁴³

Zwar gelang es der DDR im ersten Jahr des neuen Fünfjahrplanes 1981/85, der rigoros auf die außenwirtschaftlichen Anforderungen ausgerichtet worden war, durch starke Importbeschränkungen und hohe Exportzuwachsrate ihre Handelsbilanzdefizite abzubauen, doch schon bald wurde dieser Konsolidierungsversuch erneut abrupt gestört. Ausgelöst durch die faktische Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens änderten die westlichen Banken Ende 1981 ihre Geschäftspolitik gegenüber sämtlichen RGW-Staaten und verweigerten weitere Kredite; auch die DDR geriet dadurch in ernste Zahlungsschwierigkeiten. Sie sah sich nun gezwungen, zu Lasten dringend notwendiger Investitionen, zu es Lasten des Inlandsverbrauchs und zu Lasten des Schuldenabbaus gegenüber der UdSSR, Westexporte um jeden Preis zu realisieren. Um so schwerer traf sie daher der Preisverfall für Erdöl, der

139 Vgl. die „Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und VEB“ vom 8. November 1979, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, 1979, S. 355–366.

140 Schlußbilanz – DDR, Kusch u. a., S. 95

141 Haendcke-Hoppe, Erfolge und Mißerfolge, S. 54

142 Vgl. Thalheim, Ordnungspolitische Aspekte, S. 513/514.

143 Thalheim, Entstehung und Entwicklung, S. 23

1985/86 auf dem Weltmarkt einsetzte und nicht nur für die Förderländer, sondern auch die Reexporteure von Mineralölerzeugnissen drastische Einnahmeeinbußen zur Folge hatte.¹⁴⁴

Im Wirtschaftssystem selbst kam es jedoch auch angesichts dieser dramatischen Verschlechterungen der außenwirtschaftlichen Lage zu keinen durchgreifenden Änderungen. Zwar wurde eine ganze Reihe von punktuellen Eingriffen vorgenommen, so daß in der westlichen DDR-Forschung Anfang der 80er Jahre die These von einer „Wirtschaftsreform in kleinen Schritten“ entstehen konnte,¹⁴⁵ doch blieben die entscheidenden Grundlagen der Wirtschaftsordnung von diesen Reformschritten unberührt: Statt sich handelspolitisch zu öffnen, neue international konkurrenzfähige Produktionszentren aufzubauen und die wirtschaftspolitische Koordination mit den anderen RGW-Staaten voranzutreiben, verfolgte die DDR auch weiterhin einen extremen „wirtschaftspolitischen Nationalismus“.¹⁴⁶

Im Zentrum der Maßnahmen zur „weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Planwirtschaft“ standen nach wie vor die Kombinate. Sie wurden in den 80er Jahren immer mehr zu autarken Wirtschaftseinheiten „profiliert“, die über eigene Forschungs- und Projektierungsbüros, eigene Bauabteilungen, eigene Zulieferbetriebe, eigenen Rationalisierungsmittelbau sowie eigene Vertriebsorganisationen verfügten.¹⁴⁷ Die so geförderte vertikale Zentralisierung in allen Produktionsbereichen führte jedoch nicht, wie erhofft, zu besserer Information und Entscheidungsfindung sowie schnellerer Anpassung an Bedarfsänderungen, sondern forderte – ganz im Gegenteil – immer zeitaufwendigere und kompliziertere Abstimmungsprozesse, die mit langen Reaktionszeiten und geringer Flexibilität verbunden waren und letztlich die systembedingte Innovationsschwäche der zentralen Planwirtschaft weiter verschärften.¹⁴⁸

Da zudem die Diskrepanz zwischen den verfügbaren Ressourcen und den Zielen der Wirtschaftspolitik immer größer wurde, mußten die aufgestellten und per Gesetz erlassenen Volkswirtschaftspläne immer häufiger „präzisiert“ werden, was in der Regel eine Korrektur der Planziele nach unten bedeutete. Dem versuchte man durch noch straffere Kontrollen und detailliertere Vorschriften zur Bilanzierung entgegenzuwirken – von den Betrieben wurde Ende der 80er Jahre täglich eine Produktionsabrechnung verlangt –, steigerte

144 Haendcke-Hoppe, *Erfolge und Mißerfolge*, S. 55

145 Vgl. dazu Cornelsen, Doris/Melzer, Manfred/Scherzinger, Angela, *DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten*, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 2 (1984), S. 200–233 sowie *Gegenwärtige Reformansätze*, (FS-Analysen 1–1984).

146 Vgl. Schüller, *Zunehmende Internationalisierung*, S. 11 ff; der Begriff „wirtschaftspolitischer Nationalismus“ wurde von Wilhelm Röpke geprägt.

147 *Schlußbilanz – DDR*, Kusch u. a., S. 111

148 Thalheim, Karl C., *Reformbedarf und Reformfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR*, in: *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987*, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 160–163, hier: S. 160

dadurch jedoch in erster Linie die Bürokratisierung und Neigung zum statistischen Selbstbetrug.¹⁴⁹

Die zentral-administrative Planwirtschaft verwandelte sich zunehmend in eine zentral-operative Verwaltung des Mangels. Der Grad der tatsächlichen Planmäßigkeit des Wirtschaftens sank immer stärker ab, während sich neben dem planwirtschaftlichen System eine umfangreiche „Schattenwirtschaft“ entwickelte, die auf gehorteten – und damit der Planung entzogenen – wirtschaftlichen Ressourcen, persönlichen Beziehungen sowie auf der durch „Intershops“ und „Forumschecks“ von der SED selbst zu binnenwirtschaftlicher Wirksamkeit gebrachten Devisenwährung Deutsche Mark basierte.

Auch der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“, der mit dem Ziel devisenträchtiger Exportförderung 1966 unter strenger Geheimhaltung im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR gegründet worden war,¹⁵⁰ entwickelte sich zu einem quasi-marktwirtschaftlicher Sektor innerhalb der Planwirtschaft. Inwiefern die Existenz dieses Bereiches, der als Verflechtung von Außenhandelsapparat und MfS immer größere Bedeutung gewann, die ohnehin schon schlechte Funktionsfähigkeit des planwirtschaftlichen Systems weiter eingeschränkte, oder ob er eher als stabilisierender Faktor für das marode Wirtschaftssystem wirkte, sind bisher noch nicht eindeutig geklärte Fragen.¹⁵¹

Von der SED gezielt zur Stabilisierung eingesetzt wurden die politischen Beziehungen zur Bundesrepublik. Die genauen wirtschaftlichen Implikationen dieser besonderen politischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten müssen auf der Grundlage jetzt zugänglicher Quellen noch eingehend

149 Vgl. dazu die Anmerkungen Gerhard Schürers in: Hertle, „Es wäre besser gewesen, . . .“, S. 137 sowie die Ausführungen der Zeitzeugen in Protokoll Nr. 27 („Die DDR-Volkswirtschaft als Instrument der SED-Diktatur“).

150 Vgl. dazu: Erste Beschlußempfehlung und erster Teilbericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Deutscher Bundestag (12. Wahlperiode), Drucksache 12/3462 vom 14.10.1992 (= Erster Teilbericht mit einer Dokumentation zur Entstehungsgeschichte, Arbeitsweise, Organisationsstruktur und Abwicklung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel (MAH) der DDR mit seinem Leiter Dr. Alexander Schalck-Golodkowski). Eine Auswahl der wichtigsten vom 1. Untersuchungsausschuß herangezogenen Dokumente wurde publiziert von: Fischer, Horst, Schalck-Imperium. Ausgewählte Dokumente, Bochum 1993 (= Kritische Aufarbeitung der DDR und Osteuropa, Bd. 3, hrsg. v. Marquardt, B.). Zur Entstehungsgeschichte der „Kommerziellen Koordinierung“ vgl. auch: Volze, Armin/Kuppe, Johannes L., Doktor Schalck. Analyse einer Geheimdissertation, in: Deutschland Archiv 6 (1993), S. 641–657.

151 Vgl. dazu: Schlußbilanz – DDR, Kusch u. a., S. 134/135; hier wird die These vertreten, daß der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ vor allem destabilisierende Wirkung für die Planwirtschaft gehabt habe. Alexander Schalck-Golodkowski selbst dagegen betont, daß der von ihm geleitete Bereich zwischen 1972 und 1989 der DDR-Volkswirtschaft über 50 Milliarden Mark zusätzlich zur Verfügung gestellt habe. Der Ausbau zu einem leistungsfähigen marktwirtschaftlichen Konzern innerhalb einer Planwirtschaft sei sein „Lebenswerk“; (zit. nach einer dpa-Meldung vom 20.1.1994).

untersucht werden,¹⁵² doch wurde ihre insgesamt stabilisierende Wirkung von Teilen der westlichen DDR-Forschung schon früh erkannt.¹⁵³ So ist z. B. anzunehmen, daß vor allem durch den innerdeutschen Handel und die privaten sowie staatlichen Transferzahlungen aus der Bundesrepublik (Zwangsumtausch und Transitpauschale) 1982/83 ein binnenwirtschaftlicher Kollaps der DDR verhindert wurde. Von enormer Bedeutung für die Rückgewinnung ihrer internationalen Kreditwürdigkeit waren für die DDR die beiden von der Bundesrepublik verbürgten Finanzkredite von jeweils ca. 1 Mrd. DM in den Jahren 1983 und 1984.¹⁵⁴

Kurzfristig gelang es der DDR, diese – zum großen Teil paraökonomischen, da politisch bedingten – Stabilisierungsfaktoren mit Erfolg zur Konsolidierung ihrer Zahlungs- und Handelsbilanz einzusetzen, langfristig brachten sie jedoch auch eine wachsende Abhängigkeit mit sich.

Diese Abhängigkeit, die zumindest von einem Teil der SED-Führung sehr kritisch gesehen wurde,¹⁵⁵ verstärkte sich, je mehr sich die DDR angesichts der von Gorbatschow begonnenen Reformen im RGW selbst isolierte. Der 11. Parteitag der SED im April 1986 zeigte in aller Deutlichkeit, daß die DDR nicht gewillt war, die von Gorbatschow auf dem 27. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 angekündigten tiefgreifenden Reformen des von ihm scharf kritisierten, bisherigen planwirtschaftlichen Systems nachzuvollziehen: Honecker erklärte in seiner betont optimistischen Parteitagrede demonstrativ, die DDR verfüge über ein gut funktionierendes System der sozialistischen Planwirtschaft, das sich als leistungsfähig, dynamisch und flexibel erwiesen habe.¹⁵⁶

Doch lag dieser ablehnenden Haltung nicht etwa nur eine realitätsferne Fehleinschätzung über den tatsächlichen Zustand des Wirtschaftssystems zugrunde, sondern es gab für sie auch wichtige ökonomische Gründe.¹⁵⁷ Nicht zuletzt aus eigenen schlechten Erfahrungen mit der Strategie des „importierten Fortschritts“ zu Beginn der 70er Jahre, die eine hohe Westverschuldung mit

152 Vgl. hierzu ausführlich die Expertisen „Interzonen-/Innerdeutscher Handel, Zahlungsverkehr (Transferleistungen)“ von Haendcke-Hoppe, Maria und Volze, Armin sowie die Expertise „Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die Volkswirtschaft“ von Seul, Arnold.

153 Vgl. hierzu vor allem die Publikationen der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin, speziell: Groß, Karl-Heinz, Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, in: Die Wirtschaft der DDR am Ende der Fünfjahrplanperiode, Teil 2, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1985, (= FS-Analysen 5–1985), S. 27–48.

154 Vgl. Roesler, Jörg, Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR – Bundesrepublik. Die achtziger Jahre, in: Deutschland Archiv 5 (1993), S. 558–573, hier: S. 562–565.

155 Vgl. hierzu die „Handschriftlichen Aufzeichnungen“ des Politbüro-Mitglieds Werner Krolkowski, in: Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 1: Die Akte Honecker, S. 321 ff. Aufschluß über die offensichtlich vorhandenen divergierenden Strömungen innerhalb der SED-Führung geben auch: Janson, Totengräber der DDR sowie Mittag, Um jeden Preis.

156 Thalheim, Reformbedarf, S. 162

157 Vgl. hierzu ausführlicher: Thalheim, Karl C., „Perestrojka“ auch jetzt noch nicht in der DDR, in: Die Wirtschaftspolitik in der Ära Honecker, (= FS-Analysen 3–1989), S. 41–67, hier: S. 47–52.

sich gebracht hatte, ohne den erhofften Modernisierungs- und Produktivitätsschub zu bewirken, lehnte die DDR die Gorbatschowsche Forderung nach handelspolitischer Öffnung des RGW gegenüber dem Westen entschieden ab. Sie sah darin zum einen die Gefahr für alle RGW-Länder, die späteren Entschuldungslasten für die – im Erfolg sehr fragliche – versuchte sowjetische Modernisierung mit tragen zu müssen, zum anderen fürchtete sie jedoch auch, ihre eigene wirtschaftliche und technische Vorrangstellung im RGW, vor allem im Bereich der Mikroelektronik, dadurch einzubüßen.¹⁵⁸ Die DDR versuchte deshalb, sich auch weiterhin dem Wettbewerb innerhalb und außerhalb des RGW zu entziehen, schnitt sich damit jedoch gleichzeitig auch von den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung ab. Gerade die enormen Mittel, die in den Aufbau einer eigenen, vom Westen „unabhängigen“ Mikroelektronik gesteckt wurden, erwiesen sich langfristig als kostspielige Fehlinvestitionen.¹⁵⁹

Die entscheidenden Gründe für die ablehnende Haltung der SED-Führung zu den in der UdSSR eingeleiteten Reformen lagen jedoch nicht im ökonomischen, sondern im damit eng verbundenen politisch-gesellschaftlichen Bereich.¹⁶⁰ So sehr Gorbatschow den notwendigen Zusammenhang von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Reform betonte und dieser sich in den Reformstaaten Polen und Ungarn Ende der 80er Jahre deutlich zeigte, so sehr war der SED-Führung klar, daß sie ihr Machtmonopol nicht durch wirtschaftliche Reformen gefährden wollte.

Durch die Verweigerung jeglicher wirtschaftlicher Reform engte sich jedoch zugleich auch der politische, insbesondere der außenpolitische Spielraum der SED immer mehr ein.¹⁶¹

Die Staatsverschuldung wurde Ende der 80er Jahre zum alles bestimmenden Thema. Bereits seit 1977 wurde sie zusätzlich zu den monatlichen Beratungen im gesamten Politbüro regelmäßig auch in einem „kleinen Kreis“ von Wirtschaftsfachleuten des Politbüros eingehender besprochen.¹⁶² Diesem Kreis blieb nicht verborgen, daß die Nettoverschuldung der DDR seit Mitte der 80er Jahre erneut dramatisch anstieg und die Zahlungsunfähigkeit der DDR – wie schon 1981/82 – bedrohlich näherrückte. Beim Erstellen des Volkswirtschafts- und Haushaltsplanes für das Jahr 1989 im Frühjahr 1988 zeigte sich, daß die wachsende Auslandsverschuldung nur noch mit Exportüberschüssen im Wert

158 Schüller, Zunehmende Internationalisierung, S. 15–19.

159 Vgl. dazu auch Hertle, „Es wäre besser gewesen, ...“, S. 132.

160 Vgl. auch hierzu ausführlicher: Thalheim, „Perestrojka“, in: Die Wirtschaftspolitik in der Ära Honecker, (= FS-Analysen 3–1989), S. 41–67, hier: S. 53–55.

161 Vgl. dazu Roesler, Einfluß. Roesler stellt hier die These auf, daß es „seit dem Jahr 1983 (...) ein Junktim zwischen den von der DDR-Führung angestrebten außenwirtschaftlichen Zielen und außenpolitischen Zugeständnissen [gab], das spätestens seit Mitte der achtziger Jahre von den Verfechtern der außenwirtschaftlichen Westorientierung im Politbüro bei strategischen Überlegungen ausdrücklich ins Kalkül gezogen wurde.“ (S. 572).

162 Hertle, „Es wäre besser gewesen, ...“, S. 133

von ca. 6,5 Mrd. Valutamark zu bremsen gewesen wäre. Davon waren bei realistischer Schätzung jedoch nur 2,1 Mrd. durch den regulären Export in das „Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“ zu erreichen, weitere 2,1 Mrd. sollten aus dem Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ kommen. Um die verbleibende Bilanzlücke von 2,3 Mrd. Valutamark abdecken zu können, schlug Gerhard Schürer, der Chef der Staatlichen Plankommission, Honecker im April 1988 u. a. vor, das Mikroelektronikprogramm zu stoppen und die Konsumgütersubventionen zu kürzen. Doch auch dieser Versuch, durch eine Revision der Wirtschaftspolitik den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR abzuwenden, scheiterte. Schürers schriftlich niedergelegte und Honecker persönlich zugestellte „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus“ wurde von diesem offensichtlich als frontaler Angriff auf die von ihm selbst vertretene „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ gewertet. Nicht zuletzt weil er bei einer Senkung des Lebensstandards eine weitere Verschärfung der ohnehin schon brodelnden Konflikte mit der eigenen Bevölkerung fürchtete, lehnte er – unterstützt vom Wirtschaftssekretär Günter Mittag – die von Schürer vorgeschlagenen Reformversuche kategorisch ab.¹⁶³

Die Weigerung der SED-Führung, das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ anzuerkennen, mußte mit dem Verschleiß des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks, dem Zerfall der Bausubstanz, mit Umweltzerstörungen größten Ausmaßes und wachsenden Versorgungsmängeln von der Bevölkerung der DDR bezahlt werden. Als diese sich im Herbst 1989 gegen die 40-jährige SED-Herrschaft erhob und den Sturz Honeckers herbeiführte, war auch der Untergang der „sozialistischen Planwirtschaft“ der DDR abzusehen.¹⁶⁴ Das politische Faustpfand, das die SED unter der Führung ihres neuen Generalsekretärs Egon Krenz einsetzen wollte, um mit der finanziellen Unterstützung der Bundesrepublik nun die „Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft“ einzuleiten,¹⁶⁵ existierte schon bald nicht mehr: In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 mußte die DDR unter dem Druck der eigenen Bevölkerung die Mauer öffnen.

163 Vgl. Hertle, Hans-Hermann, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 2 (1992), S. 127–131 sowie ders., „Es wäre besser gewesen, ...“. Am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse von 1988 kann auch nachvollzogen werden, daß die wirtschaftspolitischen Informations- und Entscheidungsstränge innerhalb des Partei- und Staatsapparat immer informeller wurden und sich ganz um die Person Mittags konzentrierten.

164 Vgl. dazu Hertle, Staatsbankrott und „Schürers Krisen-Analyse“.

165 Hertle, Hans-Hermann, „Das reale Bild war eben katastrophal!“ Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 10 (1992), S. 1031–1039, hier: S. 1036; Schürers Krisen-Analyse, S. 1118

D. *Literatur*

- ABELSHAUSER, Werner, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt/M. 1983
- BUCHHEIM, Christoph, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1990), S. 415–433
- BUCK, Hannsjörg F., Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft als Folge nicht behobener Steuerungsdefekte der Wirtschaftsreformkonzeption, in: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, mit Beiträgen von Gleitze, Bruno/Thalheim, Karl C./Buck, Hannsjörg F./Förster, Wolfgang, Berlin 1971, S. 77–108
- CORNELSEN, Doris, Die Volkswirtschaft der DDR: Wirtschaftssystem – Entwicklung – Probleme, in: Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hgg.), Deutschland-Handbuch, Bonn 1989, S. 258–275
- CORNELSEN, Doris, Die Wirtschaft in der Honecker-Ära, in: Glaebner, G. (Hg.), Die DDR in der Ära Honecker, Opladen 1988, S. 357–370
- CORNELSEN, Doris/MELZER, Manfred/SCHERZINGER, Angela, DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 2 (1984), S. 200–223
- DECKERS, Josef, Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone/DDR, Berlin 1974
- ERSTE BESCHLUSSEMPFEHLUNG und erster Teilbericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Deutscher Bundestag (12. Wahlperiode), Drucksache 12/3462 vom 14.10.1992 (= Erster Teilbericht mit einer Dokumentation zur Entstehungsgeschichte, Arbeitsweise, Organisationsstruktur und Abwicklung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel (MAH) der DDR mit seinem Leiter Dr. Alexander Schalck-Golodkowski)
- FISCHER, Horst, Schalck-Imperium. Ausgewählte Dokumente, Bochum 1993 (= Kritische Aufarbeitung der DDR und Osteuropa, Bd. 3, hrsg. v. Marquardt, B.)
- FOITZIK, Jan, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Broszat, M./Weber, H. (Hgg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 7–69
- FRENZEL, Paul, Die Rote Mark, Perestroika für die DDR, hrsg. v. Schenk, F., Herford 1989
- FRENZEL, Paul, Das sozialistische Geldsystem der DDR., Entstehung und Probleme, in: Deutschland Archiv 7 (1988), S. 765–777
- GEGENWÄRTIGE REFORMANSÄTZE im Wirtschaftssystem der DDR – Renaissance des „Neuen ökonomischen Systems?“, mit Beiträgen von Thalheim, Karl C., Erdmann, Klaus, Haendcke-Hoppe, Maria, Homann, Wilhelm, Krakat, Klaus, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1984 (= FS-Analysen 1–1984)
- GLEITZE, Bruno, Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin 1964
- GROSS, Karl-Heinz, Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, in: Die Wirtschaft der DDR am Ende der Fünfjahrplanperiode, Teil II, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1985 (= FS-Analysen 5–1985), S. 27–48
- HAENDCKE-HOPPE, Maria, Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR und der innerdeutsche Handel, in: Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hgg.), Deutschland-Handbuch, Bonn 1989, S. 639–652
- HAENDCKE-HOPPE, Maria, Erfolge und Mißerfolge in der Außenwirtschaft, in: Die Wirtschaftspolitik der Ära Honecker – ökonomische und soziale Auswirkungen, Teil 1, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1989 (= FS-Analysen 1–1989), S. 51–67
- HAMEL, Hannelore, Ordnungspolitische Gestaltung der Wirtschaftssysteme, in: Bundesrepublik

- Deutschland – DDR. Die Wirtschaftssysteme. Soziale Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft im Vergleich, hrsg. v. Hamel, H., München ⁴ 1983, S. 61–115
- HAMEL, Hannelore, Reformen des Wirtschaftsmechanismus, in: Gutmann, G. (Hg.), Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Stuttgart/New York 1983 (= Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 30), S. 27–50
- HERTLE, Hans-Hermann, „Das reale Bild war eben katastrophal!“ Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 10 (1992), S. 1031–1039
- HERTLE, Hans-Hermann, Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv 10 (1992), S. 1019–1030
- HERTLE, Hans-Hermann, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 2 (1992), S. 127–131
- HERTLE, Hans-Hermann, „Es wäre besser gewesen, wir wären früher pleite gegangen!“ Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 2 (1992), S. 132–145
- HÖHMANN, Hans-Hermann/KASER, Michael C./THALHEIM, Karl C. (Hgg.), Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen, Bd. 1: Länderberichte, Freiburg i. Brsg. 1972
- JANSON, Carl-Heinz, Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf/Wien/New York 1991
- KAISER, Monika, 1972 – Knock out für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe, Berlin 1990
- KEIDERLING, Gerhard (Hg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Sommer 1945: von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993
- KELLER, Dietmar, Lebendige Demokratie. Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR. 1948 bis 1952, Berlin (Ost) 1971
- KRAUSE, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin (Ost) 1958
- LAMBRECHT, Horst, Probleme und Entwicklungstendenzen des mitteldeutschen Außenhandels, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 4 (1967), S. 415ff
- LECHNER, Hans, Sozialismus, Soziale Marktwirtschaft, Soziale Errungenschaften, in: Fricke, K.W./Lechner, H./Thaysen, U., Errungenschaften und Legenden. Runder Tisch, Willkürherrschaft und Kommandowirtschaft im DDR-Sozialismus, Melle/St. Augustin 1990, (=Deutschland-Report Bd. 11), S. 33–54
- LEPTIN, Gert, Bilanz der Wirtschaftsreform in der DDR, in: Höhmann, H.-H./Kaser, M./Thalheim, K. C. (Hgg.), Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen, Bd. 1: Länderberichte, Freiburg i. Brsg. 1972, S. 65–108
- LEPTIN, Gerd, Deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich, Opladen ³ 1980
- LEPTIN, Gerd, Veränderungen in der Branchen- und Regionalstruktur der deutschen Industrie zwischen 1936 und 1962, Berlin 1965
- LEPTIN, Gerd/MELZER, Manfred, Die Wirtschaftsreform in der DDR-Industrie. Rezentralisierung ohne Konzept, in: Deutschland Archiv 12 (1975), S. 1266–1283
- MAMPEL, Siegfried, Die verfassungsrechtlichen und die politischen Grundlagen der DDR-Wirtschaft, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 33–38
- MATSCHKE, Werner, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin 1988
- MATSCHKE, Werner, Die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ: Vorgeschichte – Weichenstellungen – Bestimmungsfaktoren, in: Fischer, A. (Hg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin 1993 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 38), S. 97–116
- MITTAG, Günter, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin/Weimar 1991

- MITTER, Armin/WOLLE, Stefan, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993
- MÜHLFRIEDEL, Wolfgang, SAG-Betriebe – Schulen des Sozialismus. Eine Skizze der historischen Entwicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil IV (1980), S. 159–186
- MÜHLFRIEDEL, Wolfgang/WIESSNER, Klaus, Die Geschichte der Industrie der DDR, Berlin (Ost) 1989
- NAUMANN, Gerhard/TRÜMPLER, Eckhard, Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990
- NIETHAMMER, Lutz (Hg.), Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991
- PRZYBYLSKI, Peter, Tatort Politbüro, Bd. 1: Die Akte Honecker, Berlin 1991
- PRZYBYLSKI, Peter, Tatort Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992
- ROESLER, Jörg, Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR – Bundesrepublik. Die achtziger Jahre, in: Deutschland Archiv 5 (1993), S. 558–573
- ROESLER, Jörg, Die Haltung der ostdeutschen Parteien zur Planwirtschaft und Marktwirtschaft 1945–1949, in: deutsche studien 112 (1990), S. 360–377
- ROESLER, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (Ost) 1978
- ROESLER, Jörg, Kombinate in der Geschichte der DDR. Von den ersten VVB bis zur durchgängigen Kombinatbildung, in: Jahrbuch für Geschichte 31 (1984), S. 221–271
- ROESLER, Jörg, Lösungswege bei der Inangriffnahme der Wirtschaftsreform in den 60er Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Teil III (1978), S. 109ff
- ROESLER, Jörg, Wende in der Wirtschaftsstrategie. Krisensituation und Krisenmanagement 1960–1962, in: Cerny, J. (Hg.), Brüche – Krisen – Wendepunkte: Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 171–184
- ROESLER, Jörg, Die Wirtschaftsreform der DDR in den sechziger Jahren. Einstieg, Entwicklungsprobleme und Abbruch, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 14 (1990), S. 979–1003
- ROESLER, Jörg, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR, Berlin/Freiburg 1991
- ROESLER, Jörg/SIEDT, Veronika/ELLE, Michael, Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970, Berlin (Ost) 1986
- SATTLER, Friederike, Mitwirkung im SAG-Betrieb. Zur Geschichte der Bleichert-Transportanlagenfabrik, Leipzig (1946–1953), Freiburg 1991 (unveröffentl. Magisterarbeit)
- SCHLUSSBILANZ – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, von Kusch, Günter/Montag, Rolf/Specht, Günter/Wetzker, Konrad, Berlin 1991
- SCHÜLLER, Alfred, Zunehmende Internationalisierung der Wirtschaftsprozesse: Die DDR unter Anpassungsdruck, in: Die Wirtschaftspolitik der Ära Honecker – ökonomische und soziale Auswirkungen, Teil 1, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1989 (= FS-Analysen 1–1989), S. 11–33
- „SCHÜRERS Krisen-Analyse“, Dokumentation der Politbüro-Vorlage Gerhard Schürers vom 30. 10. 1989: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, in: Deutschland Archiv 10 (1992), S. 1112–1120
- SCHWÄRZEL, Renate, Zum ökonomischen Vorfeld der Herbstereignisse 1989 in der DDR – Zur wirtschaftlichen Entwicklung der 70er und 80er Jahre, in: deutsche studien 112 (1990), S. 386–394
- STARITZ, Dietrich, Geschichte der DDR. 1949–1985, Frankfurt/M. 1985
- STEINER, André, Abkehr vom NÖS. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen 1967/68 – Aus-

- gangspunkt der Krisenprozesse 1969/70?, in: Cerny, J. (Hg.), Brüche – Krisen – Wendepunkte: Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 247–253
- STEINER, André, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49/50 (1993), S. 32–39
- SUCKUT, Siegfried, Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945–1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzepts der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Frankfurt/M. 1982
- TATZKOW, Monika/HENICKE, Hartmut, „... ohne ausreichende Begründung ...“. Zur Praxis der „Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“ in der SBZ, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen 4 (1992), S. 182–189
- TATZKOW, Monika/HENICKE, Hartmut, Steuerkrieg gegen Privatunternehmer. Zu Enteignungsmethoden in der DDR im Zeitraum 1950 bis 1953, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen 5 (1992), S. 254–260
- THALHEIM, Karl C., Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftssystems der DDR nach dem II. Weltkrieg, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 17–25
- THALHEIM, Karl C., Ordnungspolitische Aspekte der heutigen Wirtschaftspolitik der DDR, in: Deutschland Archiv 5 (1984), S. 509–527
- THALHEIM, Karl C., „Perestrojka“ auch jetzt noch nicht in der DDR, in: Die Wirtschaftspolitik der Ära Honecker – ökonomische und soziale Auswirkungen, Teil III, hrsg. v. der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1989, (= FS-Analysen 3–1989), S. 41–67
- THALHEIM, Karl C., Reformbedarf und Reformfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 160–163
- THALHEIM, Karl C., Die Wirtschaftspolitik der DDR im Schatten Moskaus, Hannover 1979
- ULRICH, Rolf, Die Bankenenteignung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, in: Wertpapier-Mitteilung, Teil 4, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht 46 (1992), S. 633–639
- VOLZE, Armin/KUPPE, Johannes L., Doktor Schalck. Analyse einer Geheimdissertation, in: Deutschland Archiv 6 (1993), S. 641–657
- WOLF, Herbert, Hatte die DDR je eine Chance? Der ehemalige Wirtschaftszar Günter Mittag „enthüllt“ die ökonomischen Probleme der Vergangenheit, Hamburg 1991
- WOLF, Herbert, Impulse und Fehlleitungen der DDR – Alternative im Spannungsfeld der Entwicklung der Systeme, in: Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert (Hgg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 2, Bonn/Berlin 1994, S. 9–50
- ZANK, Wolfgang, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: Broszat, M./Weber, H. (Hgg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 253–296
- ZANK, Wolfgang, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987

E. Zusammenfassung

Unmittelbar nach Kriegsende leitete die Sowjetunion im Zuge der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ ihrer Besatzungszone Maßnahmen zur Umgestaltung der überkommenen Eigentums- und Lenkungsordnung der Wirt-

schaft ein, mit denen die Voraussetzungen für das Entstehen einer zentralen Planwirtschaft nach sowjetischem Modell geschaffen wurden. Sie schuf damit zugleich die ökonomische Grundlage der SED-Diktatur: Das durch massive Enteignungen entstandene „sozialistische Eigentum“ an den Produktionsmitteln, das de facto Staatseigentum war, und die zentral-administrative Planung und Leitung der Volkswirtschaft nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ waren zwei grundlegende Voraussetzungen für die politische und gesellschaftliche Durchsetzung der „führenden Rolle“ der SED.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau mit Hilfe des planwirtschaftlichen Systems wurde durch die politisch bedingte Abtrennung der SBZ/DDR von gewachsenen Wirtschaftsstrukturen und durch die hohen Reparationen an die Sowjetunion erheblich erschwert. Nachdem das Befehls- und Bewirtschaftungssystem der unmittelbaren Nachkriegszeit Anfang der 50er Jahre zu einer zentralisierten Planwirtschaft ausgebaut worden war, trat jedoch deutlich hervor, daß vor allem systemimmanente Konstruktionsfehler für die Leistungsschwäche dieses Wirtschaftssystems ausschlaggebend waren. Die Kernprobleme der zentralen Planwirtschaft lagen in der „weichen Budgetbeschränkung“ der volkseigenen Betriebe, in der direktiven Planorientierung allen wirtschaftlichen Handelns und dem Fehlen eines konsistenten, mit dem Weltmarkt korrespondierenden Preissystems.

Auch die SED erkannte diese planwirtschaftlichen Mängel und unternahm zahlreiche Versuche, sie zu beheben; sie war jedoch nicht bereit, ihre politische Herrschaft durch wirtschaftliche Reformen zu gefährden.

Hoffte die SED zunächst, die bestehenden Mängel mit besserer Planung und partiellen, vor allem organisatorischen Änderungen beseitigen zu können, ohne von ihrem primär ideologisch ausgerichteten wirtschaftspolitischen Kurs abweichen zu müssen, so sah sie sich angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Probleme zu Beginn der 60er Jahre gezwungen, einen grundsätzlichen Reformversuch zu wagen.

Ziel des 1963 eingeführten „Neuen Ökonomischen Systems“ war es, eine Wirtschaftspolitik mit mehr ökonomischer Rationalität durchzusetzen, gleichzeitig aber die „führende Rolle“ der SED zu erhalten. In wirtschaftlichen Teilbereichen verzichtete die SED jetzt auf ihr Machtmonopol und ließ mehr wirtschaftlichen Sachverstand, mehr dezentrale Entscheidungskompetenzen zu, noch bevor sich die Reform aber auch auf andere Bereiche der Gesellschaft – z. B. die Kultur oder das Bildungswesen – auswirken konnte, mußte sie infolge einer überzogenen Strukturpolitik 1970/71 abgebrochen werden. Ob das ursprüngliche Reformkonzept des „Neuen Ökonomischen Systems“ tatsächlich ein echtes „Alternativpotential“ zur zentral-administrativen Planwirtschaft enthielt, und bei konsequenterer Umsetzung langfristig zu einer stabilen, marktorientierten Planwirtschaft, oder gar einer allmählichen Systemtransformation hätte führen können, bleibt eine spekulative Frage.

Festzuhalten ist, daß die SED de facto unter der Führung Honeckers zu einer vornehmlich von politisch-ideologischen Zielen bestimmten zentralstaatlichen Wirtschaftslenkung zurückkehrte.

Sie tat dies, ohne zur Bekämpfung der sich bald wieder in aller Deutlichkeit zeigenden systembedingten Mängel der zentralen Planwirtschaft und für die Ziele der von ihr proklamierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ein echtes wirtschaftspolitisches Konzept zu besitzen.

Nachdem zu Beginn der 70er Jahre „einheitlich sozialistische Produktionsverhältnisse“ hergestellt worden waren, versuchte die SED unter dem wachsenden außenwirtschaftlichen Druck der folgenden Jahre, vor allem mit forcierter Kombinatbildung mehr volkswirtschaftliche Effektivität zu erzielen. Doch mit dem so einheitlich-zentralistisch „vervollkommeneten Wirtschaftsmechanismus“ verschärfte sie die Mängel, die sie eigentlich beheben wollte, noch zusätzlich.

In den 80er Jahre verwandelte sich die Planwirtschaft der DDR zunehmend in eine zentraloperative Verwaltung des Mangels, begleitet von einer umfangreichen „Schattenwirtschaft“. Zwar gelang es der SED, ihr Wirtschaftssystem durch den gezielten Einsatz politisch bedingter Faktoren zunächst zu stabilisieren, doch engte sich letztlich durch die Verweigerung jeglicher wirtschaftlicher Reform auch ihr politischer Spielraum immer mehr ein: Sie geriet in massive finanzielle Abhängigkeit zum „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“, insbesondere zur Bundesrepublik, und manövrierte sich auch im RGW in eine wirtschaftliche Sackgasse.

Als es im November 1989 unter dem Druck der Bevölkerung schließlich zur Maueröffnung kam, war damit nicht nur das politische, sondern auch das ökonomische Ende der DDR vorgezeichnet.